

Klimaschutz in kleinen Kommunen: Hürden und Erfolgsfaktoren

Abschlussbericht für teilnehmende
Kommunen

Sarah Dahlmann, Teresa Kersting, Jacob Hochhaus

Juli 2026

Klimaschutz in kleinen Kommunen: Hürden und Erfolgsfaktoren

Abschlussbericht für teilnehmende Kommunen

Autorinnen und Autoren

Sarah Dahlmann (geb. Lange): Projektleitung, Konzeption, Methodik, Datenerhebung, Datenaufbereitung, Projektverwaltung, Betreuung, Visualisierung, Verfassen des ersten Entwurfs, Überarbeitung und Lektorat

Teresa Kersting: Konzeption, Datenerhebung, Datenaufbereitung, Überarbeitung und Lektorat

Jacob Hochhaus: Konzeption, Datenerhebung, Datenaufbereitung

Wir bedanken uns bei allen teilnehmenden Kommunen für die Unterstützung!

Bei Anmerkungen und Rückfragen wenden Sie sich gerne an das Projektteam.

Kontakt: Sarah.Dahlmann@uni-siegen.de

Abschlussdatum

Juli 2026

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	3
Zusammenfassung.....	4
1 Einleitung.....	5
2 Auswahl der Gesprächspartner:innen und methodischer Ansatz.....	7
2.1 Stichprobenzusammensetzung.....	7
2.2 Interviewleitfaden	8
2.3 Auswertung.....	9
3 Ergebnisse.....	10
3.1 Status quo.....	10
3.2 Hürden	12
3.3 Erfolgsfaktoren	18
3.4 Wünsche für die Zukunft	23
4 Zusammenfassung der Ergebnisse und politische Handlungsempfehlungen	25
Anhang	29
A1: Kodierleitfaden.....	30
A2: Maßnahmensammlung für den Klimaschutz in kleinen Kommunen.	36
Literaturverzeichnis.....	38

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Übersicht der analysierten Hauptkategorien.

Abb. 2: Häufigkeitsstatistik der Subcodes „Hürden“ im Projekt KikK nach kodierten Dokumenten.

Abb. 3: Häufigkeitsstatistik der Subcodes „Erfolgsfaktoren“ im Projekt KikK nach kodierten Dokumenten.

Abb. 4: Klimaschutz in kleinen Kommunen - Wünsche der Kommunen für die Zukunft.

Abb. 5: Bausteine für den erfolgreichen Klimaschutz in kleinen Kommunen – Handlungsempfehlungen an Bund und Länder.

Abb. 6: Bausteine für den erfolgreichen Klimaschutz in kleinen Kommunen – Handlungsempfehlungen an Kommunen.

Zusammenfassung

Kleine Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohner:innen stehen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor besonderen Herausforderungen. Gemäß des KSG sind Kommunen, als Träger öffentlicher Aufgaben dazu verpflichtet, das Klimaneutralitätsziel in der Planung und Umsetzung kommunalpolitischer Entscheidungen zu berücksichtigen. Zugleich schränkt die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen sowie die mangelnde Umsetzung des Konnexitätsprinzips den Handlungsspielraum zur Umsetzung von kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben massiv ein. Das Forschungsprojekt Klimaschutz in kleinen Kommunen untersucht, welche Hürden Kommunalpolitiker:innen und Klimaschutzpersonal kleiner Kommunen in der Praxis erleben und welche Faktoren den Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen trotz gegebener Hürden ermöglichen. Der Artikel basiert auf leitfadengestützten Interviews mit kommunalen Klimaschutzexpert:innen aus 13 Bundesländern.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die angespannte Finanzlage, komplexe Fördermittelanträge und der freiwillige Aufgabencharakter den Klimaschutz und die Klimaanpassung auf kommunaler Ebene ausbremsen. Vor allem in ostdeutschen Kommunen berichten Befragte zudem von politischen Blockaden und Anfeindungen. Dennoch gelingt es kleinen Kommunen, u. a. durch interkommunale Zusammenarbeit und partizipative Finanzierungsansätze erfolgreich zum Gelingen der nationalen Klimaschutzziele beizutragen. Der Beitrag identifiziert drei Grundformen im Umgang mit kommunalen Fördermitteln und schlägt Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen vor. Unsere Handlungsempfehlungen richten sich einerseits an die Landes- und Bundespolitik, aber zeigen zugleich, wie es lokalen Akteur:innen gelingen kann, trotz gegebener Hürden erfolgreich Klimaschutz zu betreiben. Kleine Kommunen benötigen (1) Planungssicherheit, (2) finanzielle Entlastung, (3) schlanke Vergabeverfahren, (4) innovative Finanzierungsansätze sowie (5) die gezielte Unterstützung übergeordneter Institutionen, um Klimaschutz als Querschnittsaufgabe etablieren zu können.

1 Einleitung

Die Träger öffentlicher Aufgaben haben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck dieses Gesetzes und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen. Die Kompetenzen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, das Berücksichtigungsgebot innerhalb ihrer jeweiligen Verantwortungsbereiche auszugestalten, bleiben unberührt.

§ 13 Abs. 1 Bundes-Klimaschutzgesetz

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 wurde das Ziel der Klimaneutralität im Bundesklimaschutzgesetz auf das Jahr 2045 vorgezogen. Mit Verweis auf die Europäische Klimaschutzverordnung wurden Zwischenziele für die Jahre 2030 und 2040 definiert. Das Berücksichtigungsgebot gemäß § 13 KSG verpflichtet die Träger:innen öffentlicher Aufgaben „bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck dieses Gesetzes und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen.“ Kommunen sollen ihren Beitrag zum Erreichen der nationalen Klimaschutzziele leisten – einerseits. Andererseits ist Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe und das haushalterische Umfeld der Kommunen seit 2020 erheblich instabiler geworden. Mit rund 25 Milliarden Euro verzeichneten die Kommunen im Jahr 2024 das größte Finanzierungsdefizit ihrer Geschichte (Bertelsmann Stiftung, 2025, S. 8). Nach dem kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung liegt die Ursache der angespannten Kommunalhaushalte nicht auf der Einnahmeseite, sondern in der hohen Ausgabendynamik. Klimaschutzmaßnahmen dürfen als Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung nur dann aus Haushaltsmitteln finanziert werden, wenn die Erfüllung der Pflichtaufgaben dadurch nicht gefährdet wird. Diese Anforderung werden immer weniger Kommunen erfüllen können.

Insbesondere für kleine Kommunen stellen *Klimaschutz und Klimaanpassung*¹ eine große Herausforderung dar. Insgesamt 85 % der deutschen Städte und Gemeinden haben laut Kommunalbefragung des Umweltbundesamtes (UBA) weniger als 10.000 Einwohner:innen (2024, S. 5). Knapp 26 % der deutschen Gesamtbevölkerung leben in entsprechend kleinen Kommunen (Statistische Ämter, 2022). Obwohl ein Großteil der Bevölkerung in größeren Städten und Gemeinden lebt, können die nationalen Klimaschutzziele nur durch die Einbeziehung der raumstrukturellen Potenziale kleiner, häufig ländlich geprägter Kommunen erreicht werden. Schließlich ist der Bau von Windenergieanlagen in Berlin-Mitte oder München-Schwabing kaum möglich, während kleine Kommunen mit geringer Siedlungsdichte und hohem Freiflächenanteil größere Potenziale bieten.

Auf Länderebene haben die meisten Regierungen inzwischen eigene klimapolitische Gesetze oder Regelwerke erlassen, teils mit quantifizierten Zielen, teils als kombinierte Energie- und Klimagesetze. Die Klimaschutzregularien der Länder unterscheiden sich erheblich hinsichtlich Bindungswirkung, Zielsetzungen und Detaillierung. Einige Gesetze enthalten konkrete Minderungsziele und Monitoring-Mechanismen, andere weniger verbindliche Vorgaben.

¹Aus Gründen der Lesbarkeit wird im weiteren Textverlauf zusammenfassend von „Klimaschutz“ gesprochen. Der Begriff ist im Kontext des KikK-Projektes als Überbegriff für Klimaschutz und Klimaanpassung, Natur- und Biodiversitätsschutz sowie kommunale Bildung für nachhaltige Entwicklung zu verstehen. Da kleine Kommunen überwiegend keine separaten Verwaltungsbereiche für „grüne Themen“ haben, entspräche eine isolierte Betrachtung von Klimaschutz im engeren Sinne nicht der kommunalen Realität.

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt arbeiten bisher ohne verabschiedetes Klimaschutzgesetz, setzen jedoch überwiegend auf Klimaschutzpläne oder Zielvereinbarungen.

Ein zentrales Instrument des Bundes zur Förderung von Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten ist die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Seit 2008 wurden bundesweit über 52.400 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,8 Milliarden Euro unterstützt (BMWi, 2026). Als Bestandteil der NKI adressiert die Kommunalrichtlinie Landkreise, Städte und Gemeinden. Gefördert wird unter anderem die Einstellung von Klimaschutzmanager:innen. Für Erstvorhaben beträgt die Förderdauer 24 Monate. Anschlussvorhaben mit geringerer Förderquote können bis zu 36 Monate beantragt werden. Die Kommunalrichtlinie ist im Bundeshaushalt laufend ohne Endzeitpunkt vorgesehen (Stand 2026). Im Rahmen der Förderrichtlinie „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (DAS-Förderrichtlinie) und dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (AKS) des Bundesumweltministeriums werden seit Ende 2021 in zeitlich befristeten Förderfenstern auch Klimaanpassungsmanager:innen gefördert werden (BMU, 2025). Laut Evaluation der Kommunalrichtlinie ist die Fördermittelnutzung in Gemeinden und Städten mit weniger als 10.000 Einwohner:innen mit 23 % deutlich niedriger als in größeren Kommunen (Öko-Institut/ifeu, 2023, S. 120).

In kleinen Kommunen stehen Kommunalpolitiker:innen und Verwaltungsangestellte in direktem Kontakt zu Bürger:innen und lokalen Akteur:innen. „Man kennt sich“ aus gemeinsamer Schulzeit, Vereinen oder der Feuerwehr. In sehr kleinen Kommunen mit bis zu 5.000 Einwohner:innen sind kommunaler Klimaschutz und das Bürgermeister:innenamt häufig ehrenamtlich organisiert. Derzeit beschäftigen nur 30 % der Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohner:innen gesondertes Klimaschutzpersonal (UBA, 2024, S. 30). In Großstädten sind entsprechende Organisationseinheiten für Umwelt, Energie und Klima hingegen seit vielen Jahren in der Verwaltungsstruktur verankert. So besteht seit 2013 das Sonderreferat „Klimaschutz und Energie“ des Berliner Senats und seit 1994 die Klimaschutzleitstelle der Stadt Hannover (Difu, 2018, S. 30). Im Rahmen des Forschungsprojektes KlimaKonform wurde mit dem *Index for Climate Policy Commitment* ein Instrument zur Erfassung des klimapolitischen Engagements in kleinen und mittleren Kommunen entwickelt. Die Anwendung des Index von Tafel et al. in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen zeigt, dass das Bewusstsein in den Teildimensionen Klimaschutz und Klimaanpassung in kleinen Kommunen stärker ausgeprägt ist als die Durchführung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Dies lässt darauf schließen, dass „in den kommunalen Verwaltungen zwar die Wichtigkeit klimapolitischer Maßnahmen erkannt wird, jedoch oft entweder keine förderlichen Strukturen für deren Umsetzung vorhanden sind oder es innerhalb der Verwaltungen keine Kapazitäten gibt, diese förderlichen Strukturen zu nutzen“ (Tafel et al., 2023, S. 239-240).

Das Forschungsinteresse des Projekts *Klimaschutz in kleinen Kommunen (KikK)* richtet sich auf kleine Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohner:innen. Die übergeordnete Forschungsfrage lautet: „*Welche Hürden und Erfolgsfaktoren erleben Kommunalpolitiker:innen und kommunales Klimaschutzpersonal in Bezug auf Klimaschutz in kleinen Kommunen?*“.

Das Projekt untersucht mit einem empirischen Forschungsansatz die Hürden und Veränderungswünsche kleiner Kommunen. Zudem wird analysiert, warum und wie es Kommunen trotz bestehender Hürden gelingen kann, erfolgreich Klimaschutz umzusetzen. Durch den zweistufigen Forschungsansatz werden die besonderen Herausforderungen kleiner Kommunen berücksichtigt und Policy-Empfehlung für Bund und Länder als übergeordnete politische Instanzen

und Fördermittelgeber formuliert. Gleichzeitig bieten die Ergebnisse konkrete Beispiele und Handlungsempfehlungen für kleine Kommunen. Die Erkenntnisse basieren auf 36 deutschlandweit geführten, leitfadengestützten Expert:inneninterviews. Die Projektlaufzeit erstreckte sich von Februar 2025 bis April 2026. *Der Artikel beantwortet neben der übergeordneten Frage zu den Hürden und Erfolgsfaktoren im kommunalen Klimaschutz sechs untergeordnete Forschungsfragen:*

1. Vor welchen besonderen Herausforderungen im Bereich Klimaschutz stehen kleine Kommunen mit maximal 10.000 Einwohner:innen?
2. Wie wirken sich die kommunalen Defizite auf den Aufgabenbereich Klimaschutz aus?
3. Wie werden die Fördermöglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz sowie deren Beantragungsprozess wahrgenommen?
4. Welche Faktoren ermöglichen es kleinen Kommunen, trotz gegebener Hürden Klimaschutz und Klimaanpassung voranzubringen?
5. Welche Aspekte werden als Schlüsselfaktoren für das Gelingen von Klimaschutz und Klimaanpassung wahrgenommen?
6. Was benötigen kleine Kommunen für eine erfolgreiche Zukunft im kommunalen Klimaschutz?

2 Auswahl der Gesprächspartner:innen und methodischer Ansatz

Für die Beantwortung der Forschungsfragen wurde eine qualitative Herangehensweise gewählt. Das Ziel der Erhebung ist es, ein möglichst umfassendes Bild des Erfahrungswissens von Kommunalpolitiker:innen sowie kommunalem Klimaschutzpersonal zu gewinnen. Zu diesem Zweck hat das Projektteam 36 digitale, leitfadengestützte Expert:inneninterviews durchgeführt und mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet.

2.1 Stichprobenzusammensetzung

Das Sampling erfolgte zufallsbasiert anhand vorab definierter Kriterien. Um die Vergleichbarkeit der Erfahrungen sicherzustellen, wurde die Kontaktaufnahme per E-Mail so gestaltet, dass eine hinreichende Homogenität der beruflichen Positionen der Gesprächspartner:innen in Kommunalpolitik und Verwaltung gewährleistet ist. Zugleich wurde zwecks Varianzmaximierung im Samplingprozess auf eine möglichst heterogene Verteilung der Interviewpersonen in Bundesländern und Einwohner:innenklassen (EK) geachtet. Um Verzerrungen des Datenmaterials durch nicht repräsentierte Bundesländer oder EK zu vermeiden, wurde ein zweistufiges Vorgehen gewählt. Im ersten Schritt wurden basierend auf dem Gemeindeverzeichnis der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (GV-Isys) jeweils zwanzig kleine Kommunen mit maximal 10.000 Einwohner:innen je Bundesland ausgewählt. Abzüglich der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind alle Bundesländer Teil der Erhebung. Die Auswahl der Kommunen erfolgte zufallsbasiert. Pro Bundesland wurden im Samplingprozess zwanzig Kommunen aufgeteilt in vier EK ausgewählt und per E-Mail-Anfrage kontaktiert. Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen sind keine hinreichend kleinen und eigenständigen Kommunen der EK 1 vorhanden; im Saarland trifft dies ebenso auf EK 2 zu.

Die E-Mail-Anfragen wurden personalisiert, basierend auf den Verwaltungsorganigrammen, an die jeweils zuständige Person für Klimaschutz, Klimaanpassung oder Umweltschutz versendet. Bereits

im Sampling zeigte sich die herausfordernde Ausgangslage für den kommunalen Klimaschutz in kleinen Kommunen. Oft gibt es keine explizit zuständige Person für die Fachbereiche Klimaschutz, Klimaanpassung oder Umweltschutz. In den entsprechenden Fällen wurde der/die haupt- oder ehrenamtliche Bürgermeister:in zu einem Interview eingeladen. Die Rücklaufquote im ersten Samplingschritt variiert zwischen den Bundesländern. Besonders gering war die Resonanz in Bayern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz. Dort wurden im zweiten Samplingschritt mittels Gatekeeper:innen weitere Kommunen kontaktiert. Insgesamt konnten 36 Interviews mit kommunalen Klimaschutzexpert:innen aus 13 Bundesländern geführt werden. Rücklaufquote und Verteilung der EK sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Zusammensetzung des Samples nach Einwohner:innenklassen.

EK	Anzahl Einwohner:innen	Kontaktanfragen	Geführte Interviews
EK1	1 bis 2.500	60	5
EK2	2.501 bis 5.000	65	9
EK3	5.001 bis 7.500	72	8
EK4	7.501 bis 10.000	73	14

Bei den Gesprächspartner:innen handelt es sich überwiegend um Bürgermeister:innen und Klimaschutzmanager:innen sowie seltener um kommunale Naturschutzbeauftragte, Fachgebietsleitungen, Ausschussvorsitzende, Referent:innen und Sachbearbeiter:innen der entsprechenden Themenfelder.

2.2 Interviewleitfaden

Der verwendete Interviewleitfaden ist in die Themenabschnitte „Einleitung“, „Status quo und Hürden“, „Erfolgsfaktoren trotz Hürden“ und „Abschluss“ gegliedert. Zur Vorbereitung wurden explorative Interviews mit zwei Klimaschutz:managerinnen sowie einer kommunalen Abteilungsleiterin für Klimaschutz geführt. Die Gesprächspartner:innen dieser explorativen Interviews sind nicht Teil der eigentlichen Stichprobe.

Im Anschluss an die Erstellung des Interviewleitfadens erfolgten drei Pretests. Die vorgenommene Anpassung des Leitfadens waren geringfügig, sodass die Daten der Pretests in der Gesamtanalyse enthalten sind. Alle Interviewfragen wurden offen, ohne festgelegte Antwortmöglichkeiten formuliert. Die Einwilligung zur anonymisierten Verarbeitung personenbezogener Daten für Forschungszwecke erfolgte schriftlich. Die Interviewdauer lag durchschnittlich zwischen 45 Minuten und einer Stunde. Die Gespräche wurden digital über eine softwarebasierte Videokonferenzplattform geführt und mit Zustimmung der Teilnehmenden zu Auswertungszwecken aufgezeichnet. Um eine offene Gesprächsatmosphäre zu gewährleisten, wurden die Interviewpersonen gebeten, das Gespräch in einem separaten Raum, beispielsweise ihrem Einzelbüro, zu führen. Die Transkription der Interviews erfolgte automatisiert unter Verwendung eines KI-gestützten Transkriptionsdienstes. Verwendet wurde ein vereinfachtes Transkriptionssystem mit wörtlicher Transkription ohne Übersetzung von Dialekten in das Hochdeutsche sowie ohne Kennzeichnung von Pausen. Uneindeutige oder satirische Aussagen wurden durch das Projektteam gekennzeichnet.

2.3 Auswertung

Nach Abschluss der Transkription wurden die verschriftlichten Interviews mittels einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2024) ausgewertet. Dies erfolgte computergestützt mit der Software MAXQDA. Die qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht es, das Datenmaterial sowohl explorativ als auch systematisch und somit nachvollziehbar zu analysieren. Die Variante der inhaltlich strukturierenden Analyse verfolgt das Ziel, umfangreiches Textmaterial zu strukturieren und kategorienbasiert zu verdichten. Die Analysekategorien entstanden in einem mehrstufigen Verfahren deduktiv auf Grundlage des Forschungsstands – insbesondere den Ergebnissen der Kommunalbefragung des Umweltbundesamtes (UBA, 2024) – sowie induktiv aus dem erhobenen Datenmaterial.

Die quantitative UBA-Kommunalbefragung umfasst Rückmeldungen von 1.553 deutschen Kommunen zu unterschiedlichsten Klimaschutzthemen (UBA, 2024, S. 7). Zur Sicherung der Kodierqualität wurden mehrere Interviews konsensuell nach Hopf und Schmidt (1993) durch drei Teammitglieder kodiert. Das entstandene Kategoriensystem umfasst neun thematische Hauptkategorien mit 54 Subkategorien. Zusätzlich wurden Best-Practice-Beispiele, besonders prägnante Zitate sowie Angaben zu Bundesland und Einwohner:innenzahl kodiert. Abbildung 1 zeigt eine Übersicht des Kategoriensystems.

Rolle Interviewperson <i>Vier Subkategorien</i> <i>u. a. Berufserfahrung</i>		Akzeptanz <i>Drei Subkategorien</i> <i>u. a. negative Erfahrungen</i>	
Charakteristika Kommune <i>Vier Subkategorien</i> <i>u. a. Betroffenheit Klimafolgen</i>		Hürden <i>Elf Subkategorien</i> <i>u. a. Bürokratie</i>	
Finanzielle Rahmenbedingungen <i>Sechs Subkategorien</i> <i>u. a. Kommunaler Haushalt</i>		Erfolgsfaktoren <i>Zehn Subkategorien</i> <i>u. a. Kommunikation/Beteil.</i>	
Status Quo <i>Fünf Subkategorien</i> <i>u. a. Konzepte/Ziele</i>		Wünsche Zukunft <i>Fünf Subkategorien</i> <i>u. a. Wünsche Finanzierung</i>	
Maßnahmen <i>Vier Subkategorien</i> <i>u. a. geplante Maßnahmen</i>			

Abbildung 1: Übersicht der analysierten Hauptkategorien.

Über alle Subkategorien hinweg wurden 2722 Codes gebildet. Der ausführliche Kodierleitfaden mit Ankerbeispielen kann Anhang 1 entnommen werden. Für die besonders relevanten Hauptkategorien „Hürden“ und „Erfolgsfaktoren“, die angesichts der kodierten Einheiten auch besonders umfangreich sind, liegen im Zusatzmaterial fallbezogene inhaltliche Zusammenfassungen aller Interviews (Summaries) vor. Eine Summary fasst zusammen, was eine Interviewperson im Verlauf des gesamten Interviews zu einer bestimmten Subkategorie bspw. zu „Hürden im Bereich Bürokratie“, geäußert hat. Hierdurch lassen sich inhaltliche Wiederholungen oder ausführliche Darstellungen innerhalb eines Interviews verdichten.

3 Ergebnisse

Kommunen haben ein großes Potenzial, die eigenen Treibhausgasemissionen zu senken sowie Transformationsprozesse bei Bürger:innen und ansässigen Unternehmen anzustoßen. Viele kleine Kommunen engagieren sich seit einigen Jahren im Klimaschutz, stehen jedoch vor besonderen Herausforderungen.

3.1 Status quo

Da die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe darstellt, hängt sie maßgeblich von den „weichen Rahmenbedingungen“ der Kommunen ab. Zu diesen zählen etwa vorhandene Ressourcen, die Unterstützung durch Kreis- und Landesebenen sowie der politische Gestaltungswille. Der freiwillige Aufgabencharakter eröffnet Gestaltungsfreiraum. Er kann jedoch auch dazu führen, dass Klimaschutzmaßnahmen in Haushaltsdebatten einem hohen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Zudem führen unterschiedliche Landesgesetze zu variierenden Ausgangsbedingungen der befragten Kommunen. Zu Beginn der Forschungsinterviews wurden die Gesprächspartner:innen daher um eine Standortbestimmung des Klimaschutzes in ihren Kommunen gebeten.

Unsere Ergebnisse zeigen eine heterogene Verankerung von Klimaschutzthemen in der kommunalen Verwaltung. Die Hälfte der befragten Kommunen verfügt über ein oder mehrere ausgearbeitete Konzepte im Bereich Klimaschutz. Am häufigsten genannt wurden Klimaschutzkonzepte – seltener Stadtentwicklungskonzepte, Klimaanpassungskonzepte oder Nachhaltigkeitsstrategien. Die in den Sprechblasen zitierten O-Töne stammen aus den geführten Forschungsinterviews und bieten Einblicke in die individuellen Erfahrungen der Expert:innen. Hinter den Zitaten sind das Bundesland sowie die EK der jeweiligen Kommune angegeben. Aus Datenschutzgründen werden weitere Informationen zu den Kommunen der zitierten Expert:innen nicht veröffentlicht. Die Zitate wurden ohne inhaltliche Veränderung übernommen, jedoch inhaltlich so angepasst, dass keine Rückschlüsse auf die Interviewpartner:innen möglich sind (z. B. wurde der Ortsname einer Nachbarkommune ersetzt durch „unsere Nachbarkommune“).

„Der Status quo ist relativ kurz zusammenzufassen, also Klimaschutzkonzepte auf kommunaler Ebene oder auf Gemeindeebene haben wir nicht. Dafür fehlt uns das Geld und das Personal, sowas zu erarbeiten.“ (Thüringen, EK1)

„Seit 2012 haben wir schon ein Klimaschutzkonzept, zusammen mit der Nachbargemeinde.“ (Hessen, EK1)

„Jetzt haben wir zum Glück keinen Klimaschutzplan, sondern nur diesen Klimaaktionsplan. Aber nicht das Klimaschutzkonzept bis ich so eines wieder aktualisiere, dann damit durch alle Gremien laufe, lasse mir es dann wieder von der LEA freigegeben. Das ist ein Haufen Arbeit und was schreibe ich da rein? Die Sachen, die ich eh machen will.“ (Hessen, EK4)

Ein anderes Bild ergibt sich bei den bereits umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen. Zwar ist der Status quo auch im Bereich dieser Maßnahmen heterogen, jedoch vielmehr hinsichtlich Art und Umfang der abgeschlossenen und laufenden Projekte. Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse eindrücklich, dass auch in kleinen Kommunen die Bandbreite kommunaler Klimaschutzprojekte trotz begrenzter Ressourcen groß ist. Eine zusammengefasste Übersicht geplanter und abgeschlossener Maßnahmen enthält die von uns auf Basis der Ergebnisse erstellte Maßnahmenliste für den kommunalen Klimaschutz (Anhang 2).

Kommunen verfügen über verschiedene Einflussmöglichkeiten, um Klimaschutz erfolgreich umzusetzen. Das UBA (2022, S. 72 f.) unterteilt das kommunale Einflusspotenzial in die Aufgabenbereiche „*Verbrauchen und Vorbild*“, „*Versorgen und Anbieten*“, „*Regulieren*“ sowie „*Beraten und Motivieren*“. Unsere Ergebnisse zeigen, dass PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften, die energetische Sanierung der Liegenschaften sowie die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED am häufigsten realisiert werden. Diese Maßnahmen sind dem Aufgabenbereich „*Verbrauchen und Vorbild*“ zuzuordnen. Während sich einige Kommunen auf kleinere Vorhaben wie Blühwiesen oder die genannte Umstellung der Straßenbeleuchtung beschränken, konnten andere Kommunen bereits größere Projekte im Bereich „*Versorgen und Anbieten*“ umsetzen (z. B. Windparks oder Geothermieanlagen).

Obwohl Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe ist, besteht seit Inkrafttreten des Wärmeplanungsgesetzes im Januar 2024 eine bundesweite Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmepläne. Dabei analysieren Kommunen u. a. den aktuellen Wärmebedarf, die gegenwärtig genutzten Heizsysteme sowie die Potenziale für erneuerbare Wärmequellen und Abwärme. Für Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohner:innen gilt eine verlängerte Einreichungsfrist bis Ende Juni 2028. Kleine Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohner:innen, wie jene im Projekt KikK, können zudem ein vereinfachtes Planungsverfahren nutzen oder die Planung gemeinsam mit Nachbarkommunen durchführen. Mit Blick auf Kommunen ohne eigenes Klimaschutzpersonal zeigen unsere Ergebnisse, dass die verpflichtende Wärmeplanung häufig als Anlass genannt wird, gegenwärtig oder zukünftig eine Personalstelle für den Klimaschutz auszuschreiben.

In kleinen Kommunen ist Klimaschutz überwiegend eine One-Man- bzw. One-Woman-Aufgabe, wobei die Stellenbezeichnungen variieren. Viele Kommunen verorten den „neuen“ Aufgabenbereich Klimaschutz innerhalb bestehender Verwaltungsstrukturen, etwa im Bauamt. Selten wird Klimaschutz als eigenständige Stabsstelle direkt dem/der Bürgermeister:in unterstellt. Die personellen Ressourcen für den Klimaschutz reichen von wenigen Kommunen mit bis zu zwei Mitarbeiter:innen, bspw. Klimaschutzmanager:innen und Energiemanager:innen, über Kommunen mit einer meist befristeten und über Fördermittel finanzierten Klimaschutzstelle oder geteilten Mitarbeiter:innen mit Nachbarkommunen bis hin zu Kommunen ohne eigenes Klimaschutzpersonal. In Letzteren fällt der Aufgabenbereich in die Verantwortung von Bürgermeister:innen, Mitarbeitenden des Bauamtes oder ehrenamtlich engagierten Kommunalpolitiker:innen bzw. Bürger:innen, oder er wird schlicht nicht bearbeitet.

In den EK eins bis drei sind die Bürgermeister:innen überwiegend ehrenamtlich tätig. In allen Kommunen ist der Aufgabenbereich Klimaschutz weit gefasst. Innerhalb einer Personalstelle werden vielfältige Themen verantwortet. Die Aufgaben reichen u. a. von kommunaler Wärmeplanung über Grünflächenverwaltung und Sanierungsmanagement bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit und dem Einwerben neuer Fördermittel. Klimaschutzpersonal in einer kleinen Kommune ist also nicht ausschließlich für den Bereich Klimaschutz zuständig. Besonders ländliche Kommunen geben an, ausgeschriebene Klimaschutzstellen nur schwer besetzen zu können.

„Mein Feld ist nicht nur der Klimaschutz, sondern auch Naturschutz und Gewässerschutz. Zu Klimaschutz gehört dann auch noch Mobilität, Energieversorgung und die Wärmeplanung.“ (Hessen, EK3)

„Das ist eine meiner Hauptaufgaben Fördermittel einwerben, die Anträge zu schreiben.“ (Bayern, EK4)

Im Gegensatz dazu gaben alle teilnehmenden Städte mit mehr als 100.000 Einwohner:innen in der Kommunalbefragung des UBA an, hauptamtliches Klimaschutzpersonal zu beschäftigen (2024, S. 30). Ein Blick in die Organigramme entsprechend großer Städte zeigt zudem, dass der Bereich Umwelt- und Klimaschutz häufig als eigenständiges Dezernat oder Amt innerhalb der Verwaltungsstruktur verankert ist.

3.2 Hürden

Der Fokus von KikK liegt auf den Hürden und Erfolgsfaktoren des Klimaschutzes in kleinen Kommunen. In den Forschungsinterviews wurde zunächst offen nach wahrgenommenen Hürden gefragt, um eine Eingrenzung der Antworten auf bereits bekannte Hindernisse zu vermeiden. Die von den Expert:innen beschriebenen Hürden lassen sich in zehn Kategorien gliedern. Da ein Thema innerhalb eines Interviews mehrfach angesprochen werden kann, ist es möglich, dass die Häufigkeit der Nennung bzw. Subcodes einer Hürde die Gesamtanzahl der geführten Interviews übersteigt. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein Thema von den Gesprächspartner:innen als besonders relevant wahrgenommen wird, sodass der/die Erzählende trotz der Struktur des Interviewleitfadens immer wieder auf ein bestimmtes Thema zurückkommt. Eine Übersicht aller genannten Hürden findet sich in den fallbezogenen inhaltlichen Zusammenfassungen des Zusatzmaterials. Mit 122 zugeordneten Textsegmenten wurden finanzielle Hürden mit Abstand am häufigsten genannt, gefolgt von sonstigen Hürden (103 Subcodes) sowie personellen Hürden (92 Subcodes). Sonstige Hürden umfassen beispielsweise die Zersiedelung ländlicher Flächengemeinden sowie Vorgaben für denkmalgeschützte Gebäude.

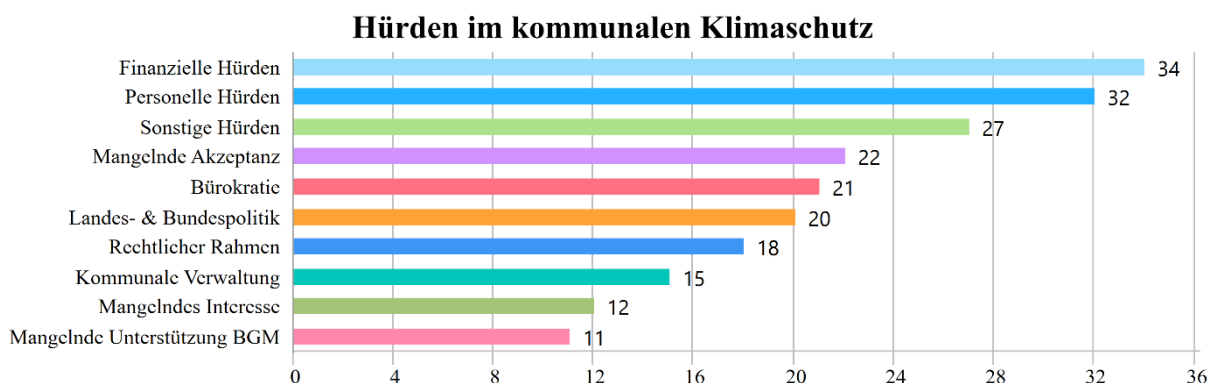


Abbildung 2: Häufigkeitsstatistik der Subcodes „Hürden“ im Projekt KikK nach kodierten Dokumenten.

Um die Frage beantworten zu können, wie viele der befragten 36 Kommunen von den unterschiedlichen Hürden betroffen sind, erfolgte eine Auswertung der Häufigkeiten nach transkribierten Interviews bzw. kodierten Dokumenten. Analysiert wurde in diesem Schritt nur noch, ob eine Subkategorie im Bereich der Hürden innerhalb eines Interviews genannt wird. Ein Ergebnis von 36 für eine Subkategorie bedeutet, dass in jeder der 36 befragten Kommunen diese Subkategorie als Hürde wahrgenommen wird. Abbildung 2 zeigt eine Übersicht der Kodierhäufigkeiten nach kodierten Dokumenten für die zehn Subkategorien der Hürden im kommunalen Klimaschutz.

Zu **finanziellen Hürden** zählen in erster Linie ein angespannter kommunaler Haushalt sowie eine zunehmende Verschuldung. Häufig führt das Fehlen finanzieller Ressourcen auch zu personellen Engpässen bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Da Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe ist, hängt die Umsetzung maßgeblich von den verfügbaren finanziellen Mitteln ab. Trotz des auf Bundesebene geltenden Klimaschutzgesetzes können verschuldete Kommunen damit konfrontiert sein, dass Klimaschutzmaßnahmen durch die Kommunalaufsicht des Landes nicht gestattet werden. Dies deckt sich mit den Ergebnissen des aktuellen KfW-Kommunalpanels (Raffer et al., 2025). Das Panel zeigt eine signifikante Verschlechterung der finanziellen Lage in den Kommunen; auch die zukünftige finanzielle Perspektive wird von der großen Mehrheit der Kommunen negativ eingeschätzt. Der kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung (2025) prognostiziert aufgrund stagnierender Wirtschaftskraft eine sinkende Steuerdynamik in den Kommunen. Die Ursache des aktuellen Finanzierungssaldos sieht die Bertelsmann Stiftung jedoch vor allem in der hohen Ausgabendynamik. Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation stellt in dieser angespannten Haushaltssituation eine zusätzliche freiwillige Mammutaufgabe dar. Neben der teils prekären Haushaltslage benennen viele Kommunen die Einstufung von Klimaschutz als Aufgabe der freiwilligen Selbstverwaltung als zentrale Hürde. Bisher konkurriert der Klimaschutz in den haushaltspolitischen Debatten der Gemeinde- und Stadträte mit anderen freiwilligen Aufgaben wie Sport- und Tourismusförderung oder der Jugend- und Seniorenarbeit um finanzielle Mittel.

„Klimaschutz muss zur Pflichtaufgabe werden, sonst sind die Kommunen überhaupt nicht handlungsfähig. Ich habe viele Nachbarnbürgermeister, die nicht grün sind, aber die würden das auch sehr gerne mehr tun. Aber es ist aufgrund der finanziellen Lage nicht möglich.“ (Bayern, EK1)

„Das Geld ist eigentlich immer knapp und dann werden natürlich erstmal die Pflichtaufgaben erledigt und das, was gemacht werden muss.“ (Niedersachsen, EK4)

„Das ist hier immer die höchste Zielsetzung, um überhaupt noch irgendwas selbst machen zu können, dass man versucht, in jedem Fall um die Zwangsverwaltung herumzukommen. Das ist auch die einzige Möglichkeit, um die Politik motivieren zu können, Sachen mitzumachen. Wenn nur noch vorgegeben ist, was man tun muss, warum sollte man sich dann noch in den Stadtrat wählen lassen und irgendein Engagement zeigen?“ (Nordrhein-Westfalen, EK2)

Die überwiegend defizitäre Haushaltssituation der befragten Kommunen sowie die Ausgestaltung von kommunalem Klimaschutz als freiwillige Aufgabe erklären die starke Abhängigkeit von externen Fördermitteln. Aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung besteht keine unmittelbare Finanzbeziehung zwischen Bund und Kommunen. Diese Selbstverwaltung ist durch Art. 28 Abs. 2 GG garantiert. Landkreise, Gemeinden und Städte sind als Körperschaften mit Selbstverwaltungsrecht der Landesverwaltung zugeordnet (Frank et al., 2017). Die wichtigsten kommunalen Einnahmequellen sind eigene Steuereinnahmen (z. B. Gewerbesteuer und Grundsteuer), Anteile an Gemeinschaftssteuern (z. B. der Einkommenssteuer) sowie ggf. Zuweisungen der Bundesländer (z. B. dem kommunalen Finanzausgleich und Bedarfszuweisungen). Gelder des Bundes erhalten Kommunen primär über eingeworbene Förderprogramme.

Hinsichtlich der Förderstruktur zeigt das Datenmaterial eine doppelte Perspektive der Kommunen: Einerseits besteht eine starke Abhängigkeit von Fördermitteln sowie Dankbarkeit für das breite Angebot entsprechender Finanzierungsoptionen; andererseits herrscht Unzufriedenheit über den wahrgenommenen Förderdschungel, den bürokratischen Aufwand und die Abhängigkeit von externen Stellen, die lokale Gegebenheiten nicht immer verstehen. Die deutlichen Finanzierungsdefizite der Kommunen verdeutlichen, dass die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen aus den laufenden Einnahmen nur für eine kleine Minderheit der Kommunen möglich ist. Die überwiegende Mehrheit der befragten kleinen Kommunen ist auf Förderprogramme angewiesen.

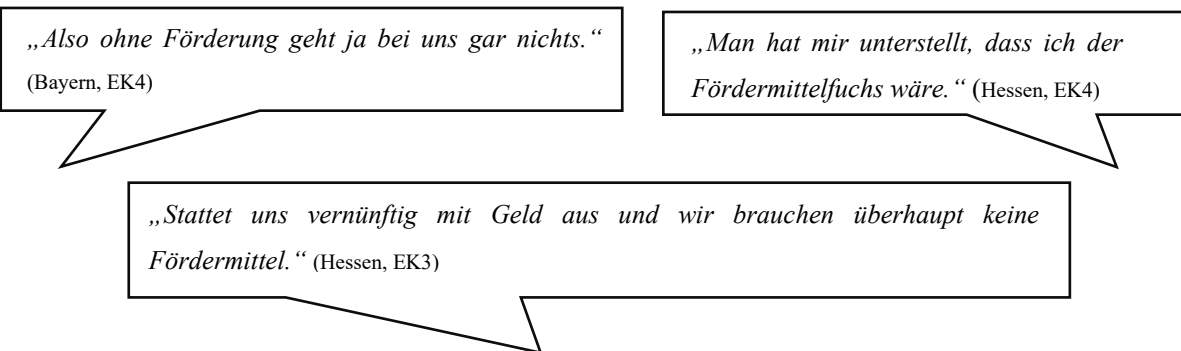
Dieser Status quo führt zu einer drastischen Aufspaltung der Kommunen in drei Gruppen, abhängig davon, wie das Klimaschutzpersonal und Bürgermeister:innen mit dem Finanzierungsdefizit umgehen. Entsprechend den humorvollen Selbstbeschreibungen einiger Gesprächspartner:innen lassen sich die Kommunen in „Förderfüchse“, „Gelegenheitssammler“ und „Förderschläfer“ einteilen.

Kommunen mit *Förderfüchsen* als Klimaschutzpersonal oder Bürgermeister:in finanzieren Klimaschutz erfolgreich und seit mehreren Jahren mittels verschiedenster Förderprogramme. Sie informieren sich proaktiv über Fördermöglichkeiten und erreichen eine hohe Quote genehmigter Förderungen. Der Erfolg dieser Kommunen basiert maßgeblich auf erfahrenen Klimaschutzmitarbeitenden mit fachlicher Kompetenz in den Bereichen Klimaschutz und erneuerbare Energien sowie mit Vorerfahrungen bei der Fördermittelbeantragung. Die Mitarbeitenden sind für ihre tarifliche Eingruppierung oft überqualifiziert und beschreiben sich selbst als stärker intrinsisch als monetär-extrinsisch motiviert. Häufig ermöglichen die eingeworbenen Förderprogramme die Anstellung weiterer Klimaschutzkolleg:innen, die wiederum mit der Beantragung weiterer Fördermittel betraut werden können – es entsteht eine positive Förderspirale.

Die Mehrheit der befragten Kommunen lässt sich der Gruppe der *Gelegenheitssammler* zuordnen. Diese Kommunen haben bereits einige Fördermittel beantragt, suchen jedoch nicht systematisch und proaktiv nach weiteren Fördermöglichkeiten, was auf fehlende zeitliche und personelle Ressourcen zurückzuführen ist. Für Gelegenheitssammler ist die wahrgenommene Hürde der Beantragung entscheidend. Existiert Unterstützung durch (benachbarte) Förderfuchskommunen übergeordnete Institutionen wie Landesenergieagenturen oder Klimaschutzpersonal auf Kreis- oder Landesebene oder gibt es vereinfachte Beantragungs- und Monitoringregularien mit beispielhaften Vordrucken, steigt die Wahrscheinlichkeit der Beantragung (positives Trittbrettfahren). Das Vorhandensein übergeordneter Institutionen, die kommunales Klimaschutzpersonal aktiv über Fördermöglichkeiten informieren und bei der Antragstellung sowie Nachweisverpflichtungen unterstützen, kann den

Unterschied zwischen Gelegenheitssammlern und Förderschläfern im Umgang mit Fördermitteln erklären.

Nur wenige Kommunen haben bisher keine Fördermittel für Klimaschutzmaßnahmen beantragt bzw. zählen zur Gruppe der *Förderschläfer*. In einem Fall handelt es sich um eine Kommune, die aufgrund ihres ausgeglichenen Haushaltes bewusst auf Fördermöglichkeiten verzichtet, um Klimaschutzmaßnahmen schneller, kostengünstiger und unbürokratischer umsetzen zu können. Auch die übrigen Förderschläferkommunen sind Einzelgänger. Die Kommunen verfügen über kein Klimaschutzpersonal und haben bisher keine oder nur sehr geringfügige Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt. Oft fehlt es den Kommunen an Erfahrung in der Beantragung von Fördermitteln. Die Befürchtungen hinsichtlich des zeitlichen Aufwands der Antragsstellung sind groß. Übergeordnete Instanzen, die Unterstützung leisten könnten, existieren meist nicht. Förderschläfer sind von der Bürokratie der Förderprogramme im vergleichweisen neuen Aufgabenbereich des kommunalen Klimaschutzes überfordert. Die kommunale Wärmeplanung als verpflichtende Aufgabe wurde von diesen Kommunen bisher überwiegend nicht begonnen und soll künftig durch externe Dienstleistende durchgeführt werden. Die dafür notwendigen Kosten stellen angesichts der angespannten Haushaltslage eine erhebliche Belastung dar.



In allen Kommunen werden im Bereich der **Fördermittel** zahlreiche Hürden wahrgenommen. Dies zeigt sich bereits in der Gegenüberstellung der kodierten Segmente. Insgesamt 76 Textsegmente wurden über alle Gespräche hinweg der Subkategorie „*Fördermittel: negative Aspekte*“ zugeordnet, wohingegen die Subkategorie „*Fördermittel: positive Aspekte*“ 32 kodierte Textsegmente umfasst. Die am häufigsten genannten Hürden im Bereich der Fördermittel sind: eine unübersichtliche Förderlandschaft, aufwendige und kostspielige Vorgaben bei der Finanzierung über Fördermittel (z. B. Ausschreibungsverfahren und Gutachten), lange Rückmeldedauer der Fördermittelgeber, ein unausgewogenes Verhältnis zwischen der Förderung von Konzepten (oft) und deren tatsächlicher Umsetzung (seltener), kurzfristige Fristen bei Ausschreibungen bei gleichzeitig vielen einzureichenden Konzepten und Berichten sowie zu hohe Eigenanteile.

Auch Bürokratie wird besonders im Kontext von Fördermitteln als Hürde wahrgenommen. Der große Planungs- und Nachweisaufwand bei geförderten Projekten führt zu deutlichen Mehrkosten und Zeitverzögerung im Unterschied zu einer Durchführung über Haushaltsgelder. Das wiederholte Prüfen von Rechnungen, z. B. für Grünanlagen oder Naturspielplätze wird als gezielte „Gängelei“ durch die Fördermittelgeber empfunden.

„Wir hatten Starkregenereignisse. Dann beantrage ich Mittel zur Entschädigung, zum Beispiel bei ausgespülten Straßen. Mit der Beantragung beschäftige ich mehrere Mitarbeiter. Am Ende kriege ich 50.000 €, von denen ich die Hälfte zurückzahlen muss. Darauf warten wir sechs Monate. Ich kann doch nicht sechs Monate warten, denn ich muss die Straßen jetzt reparieren. Und ich darf nur den Ursprung wiederherstellen.“ (Thüringen, EK2)

„Das Problem ist, dass 100 % Förderungen sehr selten sind. Und selbst wenn man eine sehr hohe Förderquote hat von 90 % sind selbst die 10% Eigenanteil zu viel.“ (Sachsen, EK1)

„Unser ältestes Windrad ist von 1998. Also wenn einer Energiewende betreibt, dann wir. Da bin ich auf der einen Seite sehr stolz drauf. Wir haben hier 98 Windenergieanlagen auf unserem Territorium und viele PV-Anlagen. Aber wir haben rechtlich die Herausforderung durch diese Netzentgelte. Es kann nicht sein, dass wir hier im norddeutschen Raum so hohe Strompreise haben. Das fällt unseren Stadtwerken auch auf die Füße. Es kann nicht sein, dass die Leute, die diese großen Windkraftanlagen hier vor der Nase haben mit allen Belastungen, die dazugehören, nichts davon haben.“ (Mecklenburg-Vorpommern, EK3)

Verschiedene Datenerhebungen zeigen, dass Klimaschutz bei der Frage nach den wichtigsten politikrelevanten Problemen seine zwischenzeitliche Spitzenposition verloren hat (UBA, 2025, S. 5; Detsch, 2024; infratest dimap, 2024). Zudem ergibt sich hinsichtlich der Wähler:innengruppen von CDU/CSU, SPD, AfD und Grünen eine starke Polarisierung bei der Frage, ob der Klimaschutz in Deutschland zu schnell oder zu langsam voranschreitet (infratest dimap, 2023). Angesichts der deutlichen Spannungen zwischen den unterschiedlichen Positionen und den zugrunde liegenden Wertvorstellungen der Parteien in Fragen der sozial-ökologischen Transformation überrascht diese Polarisierung kaum. Trotz zunehmender Wahlerfolge rechts-konservativer Parteien, die ökologische Reformen explizit ablehnen, zeigen die Ergebnisse der aktuellen Umweltbewusstseinsstudie, dass viele Menschen besorgt oder verärgert über konkrete Umweltprobleme wie Abholzung und Plastik in den Weltmeeren sind (UBA, 2025, S. 4).

Auch unsere Ergebnisse weisen eine große Heterogenität hinsichtlich der Frage auf, ob **fehlende Akzeptanz** als Hürde für den kommunalen Klimaschutz wahrgenommen wird. Dabei fällt auf, dass insbesondere Expert:innen in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt von einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber dem menschengemachten Klimawandel und „grünen“ Themen berichten sowie von Bürger:inneninitiativen gegen Windkraftanlagen und PV-Projekte und einer Blockadehaltung kommunalpolitischer Akteur:innen in Gemeinde- oder Stadträten. Explizit werden von den Gesprächspersonen blockierende Erfahrungen gegenüber Klimaschutzthemen durch Anhänger:innen der AfD genannt. In allen drei Bundesländern konnte die AfD bei der Bundestagswahl 2025 hohe Zweitstimmanteile von über 35 % verzeichnen (Bundeswahlleiterin, 2025). Mehrere befragte Bürgermeister:innen demokratischer Parteien erhielten Hassbriefe und/oder Drohschreiben. Ein/e Klimaschutzmitarbeiter:in mit Migrationshintergrund berichtete von Diskriminierungserfahrungen im beruflichen Kontext und gab an, das Arbeitsverhältnis bei der Kommune kündigen zu wollen. Es wurden auch von aktiven Boykottmaßnahmen berichtet, z. B. von der Nichtweitergabe von

Informationen seitens Kommunalpolitiker:innen gegenüber dem Klimaschutzpersonal. Bundesländerübergreifend spielt die Akzeptanz und Unterstützung der Klimaschutzmaßnahmen durch den oder die Bürgermeister:in als faktisches „K.-o.-Kriterium“ eine entscheidende Rolle. Fehlt diese Akzeptanz, kann Klimaschutz in kleinen Kommunen nicht erfolgreich sein. Im Unterschied zu größeren Kommunen verteilt sich die kommunalpolitische Machtstruktur auf deutlich weniger Personen, sodass eine Blockadehaltung einzelner Personen umso schwerwiegender ist. Im Unterschied zur politischen Akzeptanz scheint die Akzeptanz der Bürgerschaft keine ausschlaggebende Rolle für das klimapolitische Handeln der Kommunen zu spielen. Stattdessen deutet eine Gegenüberstellung von Status quo und Akzeptanzerfahrungen darauf hin, dass die Akzeptanz der Bürger:innen weniger Ursache als vielmehr Ergebnis des kommunalen Handelns zu verstehen ist.

Die Akzeptanz von Klimaschutz auf kommunaler Ebene ist folglich vielschichtig. Aus unseren Ergebnissen geht hervor, dass zwischen der Akzeptanz von Bürger:innen, Bürgermeister:in, weiteren Kommunalpolitiker:innen (z. B. Gemeinderatsmitgliedern) sowie Verwaltungsangestellten ohne politische Funktion unterschieden werden sollte. Dabei ist eine Trennung zwischen passiv-neutraler Akzeptanz bzw. Toleranz verstanden als Anerkennung des Status quo und aktiv-handlungsorientierter Unterstützung erforderlich. Allerdings berichten nur wenige Kommunen von Hass- oder Blockadeerfahrungen. Mehrheitlich wird eine grundsätzliche Skepsis konservativer Kommunalpolitiker:innen gegenüber Klimaschutzthemen sowie eine Skepsis von Bürger:innen gegenüber Großprojekten wie Windenergie in der eigenen Kommune erlebt. Die Beteiligung an Bürgerinformationsveranstaltungen ist mehrheitlich gering. Zugleich erleben viele Klimaschutzmitarbeiter:innen Unterstützung durch Kolleg:innen, Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen. Den Subkategorien „negative“ und „positive Akzeptanzerfahrungen“ konnten mit 47 bzw. 50 Subcodes etwa gleich viele Textstellen aus den Forschungsinterviews zugeordnet werden.

Oft handelt es sich bei kleinen Kommunen um **ländlich geprägte Flächengemeinden** mit einer geringen Bevölkerungsdichte. Daher teilen sich viele kleine Kommunen in Gemeindeverbandsstrukturen² zentrale Verwaltungsaufgaben. Die zerstreute Siedlungsstruktur bringt insbesondere im Bereich der kommunalen Wärmeplanung sowie im öffentlichen Personennahverkehr besondere Herausforderungen mit sich.

Trotz Fördermöglichkeiten sind Wärmenetze für die von uns befragten kleinen Kommunen oft nicht wirtschaftlich tragfähig. Insgesamt erleben die Kommunen den **unstetigen Ordnungsrahmen** in der Klima- und Energiepolitik als Hürde. Zudem werden medial verbreitete Äußerungen/Forderungen von Bundespolitiker:innen bezüglich möglicher Änderungen bestehender Regularien und Förderprogramme ebenfalls als Hürden genannt. Speziell aus bayrischen Kommunen wird darüber hinaus die Einschränkung kommunaler Möglichkeiten für Klimaschutzmaßnahmen sowie die Verbreitung einer „*Anti-Windkraft-Stimmung*“ durch die Landespolitik als bedeutende Hürde wahrgenommen.

² Je nach Bundesland variiert die Bezeichnung der Verbandsstruktur, z. B. Samtgemeinde oder Verbandsgemeinde.

3.3 Erfolgsfaktoren

Trotz der vielfältigen Herausforderungen, die kleinen Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen begegnen, zeigen unsere Ergebnisse, dass erfolgreicher Klimaschutz möglich ist. Viele Kommunen betrachten Klimaschutz als „faktische Pflichtaufgabe“ und schaffen es, trotz angespannter Haushaltslage und unsicheren Rahmenbedingungen, einen Beitrag zum Gelingen der nationalen Klimaschutzziele zu leisten. Ein Ziel des KikK-Projekts ist es, über die Erhebung der bestehenden Hürden und politischen Veränderungsbedarfe hinauszugehen. Erfasst wurde auch, welche Faktoren trotz gegebener Hürden die erfolgreiche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ermöglichen und welche Aspekte als Schlüsselfaktoren des Gelingen wahrgenommen werden.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass nicht allgemein nach Erfolgsfaktoren für den kommunalen Klimaschutz gefragt wurde. Vielmehr galt das Forschungsinteresse den *konkreten Erfolgsfaktoren trotz bestehender Hürden* in den jeweiligen Kommunen. Eine kleine Kommune mit hohem Verschuldungsgrad wird *Finanzstärke* daher nicht als persönlichen Erfolgsfaktor nennen, jedoch *finanzielle Hürden* als großes Hemmnis für den Klimaschutz vor Ort erleben. Unsere Herangehensweise berücksichtigt, dass Erfolgsfaktoren auf individueller Ebene nicht auf eine Umkehrung der Hürden reduziert werden können. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen zielen sowohl auf den Abbau von Hemmnissen als auch auf die Förderung der Erfolgsfaktoren ab. Forderungen zum Abbau der Hürden richten sich insbesondere an die Landes- und Bundespolitik. Die identifizierten Erfolgsfaktoren hingegen adressieren vor allem kleine Kommunen und verdeutlichen kommunale Handlungsmöglichkeiten trotz herausfordernder und oft nicht beeinflussbarer Rahmenbedingungen.

Abbildung 3 bietet einen Überblick über die Auswertung der Häufigkeiten nach kodierten Dokumenten. Insgesamt ist die Häufigkeitsverteilung der Erfolgsfaktoren heterogener als jene der Hürden. Die zwei am häufigsten genannten Subkategorien im Bereich der Hürden wurden in 34 Interviews (*Finanzielle Hürden*) bzw. 32 Interviews (*Personelle Hürden*) beschrieben. Die zwei am häufigsten genannten Subkategorien im Bereich der Erfolgsfaktoren (ohne *Sonstige*) wurden in 24 Interviews (*Kommunikation/Beteiligung*) bzw. 22 Interviews (*Vernetzung vor Ort*) beschrieben.

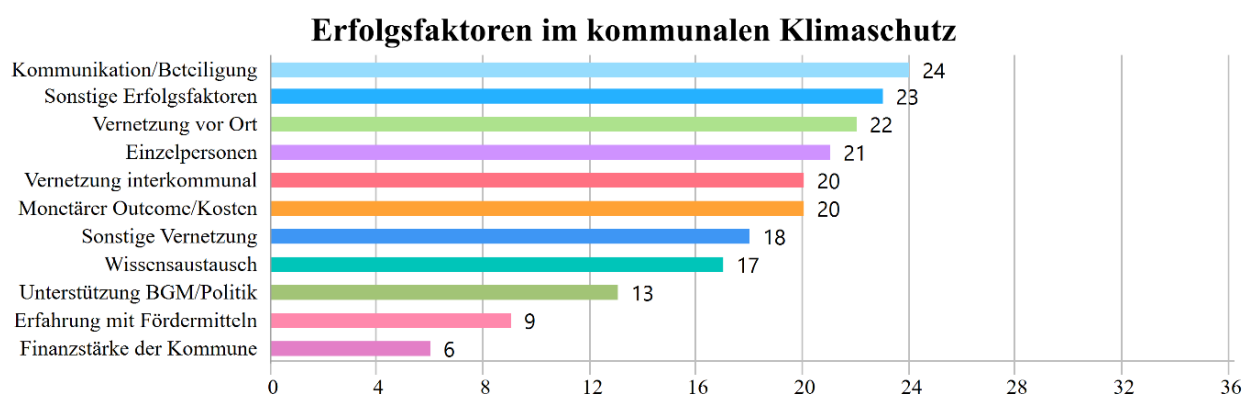


Abbildung 3: Häufigkeitsstatistik der Subcodes „Erfolgsfaktoren“ im Projekt KikK nach kodierten Dokumenten.

Die Subkategorien *Vernetzung vor Ort*, *Vernetzung interkommunal*, *Wissensaustausch* und *Sonstige Vernetzung* lassen sich unter dem übergeordneten Bereich **Vernetzung** zusammenfassen. Bei einer gemeinsamen Betrachtung der Häufigkeiten der vier Subkategorien aus dem Themengebiet Vernetzung ergibt sich auch im Bereich der Erfolgsfaktoren ein einheitlicheres Meinungsbild. Die Vernetzung des Klimaschutzpersonals innerhalb der eigenen Kommune oder mit Akteur:innen anderer Kommunen fördert maßgeblich den Austausch von Erfahrungen und Wissen. Dies gilt insbesondere für weniger erfahrene Kommunen oder solche Kommunen ohne Klimaschutzpersonal, die sich mit erfahrener Klimaschutzpersonal aus anderen (kleinen) Kommunen vernetzen können. Eine institutionalisierte Förderung von Vernetzung und Wissensaustausch wird von allen befragten Kommunen, die entsprechende Angebote nutzen können, sehr positiv bewertet. Dabei kann zwischen Online-Plattformen wie „GovShare“ zur Bereitstellung von Quellen, Best-Practice-Beispielen und Vorlagen, Online-Webinaren zur Wissensvermittlung sowie meist in Präsenz organisierten Austausch- und Vernetzungstreffen unterschieden werden. Treffen in Präsenz werden u. a. von Landesenergieagenturen (z. B. LEA/KEA), Landkreisen und deren Klimaschutzagenturen angeboten. Insgesamt ist die wahrgenommene Unterstützung durch übergeordnete Institutionen innerhalb eines Bundeslandes konsistent, variiert jedoch stark zwischen den Bundesländern.

„Ein absoluter Erfolgsfaktor bei uns in der Region ist die Energieagentur. Sie wird von zwei Landkreisen getragen und steht den Kommunen beratend zur Verfügung. Das brauchen gerade kleinere Kommunen. Eine Metropole wie München braucht das vielleicht nicht. Aber kleine Kommunen brauchen eine übergeordnete, koordinierende Instanz, wo solche Aufgaben, die immer wieder auftauchen gebündelt werden.“ (Bayern, EK4)

„Die Energieagentur, die wir haben ist unglaublich hilfreich. Ich kann allen Beteiligten nur empfehlen, unbedingt Energieagenturen auf der Landkreisebene aufzubauen, weil gerade kleine Kommunen selbst nicht die Expertise haben.“ (Bayern, EK4)

„Ein Erfolgsfaktor sind Kooperationen mit Initiativen aus der Bürgerschaft. Ein tolles Beispiel ist die Bürgersolarberatung. Sie wurde bei uns aus der nächstgrößeren Stadt heraus gegründet. Ehrenamtliche, die sich in dem Bereich gut auskennen, beraten regelmäßig und kostenfrei die Einwohner und Einwohnerinnen. Und das eben auch herstellerunabhängig.“ (Baden-Württemberg, EK3)

In 24 von 36 Interviews wurde **Kommunikation und Bürger:innenbeteiligung** als entscheidender Erfolgsfaktor für kommunalen Klimaschutz genannt. Ein konkreter Erfolgsfaktor in diesem Bereich ist das häufige, persönliche und proaktive Gespräch des Klimaschutzpersonals bzw. der Bürgermeister:in mit allen beteiligten Akteur:innen aus Verwaltung, Politik und Bürger:innenschaft. Besonders mit kritisch eingestellten Bürger:innen sollten aktiv der Dialog gesucht werden. Weitere kommunikative Erfolgsfaktoren sind die kontinuierliche „Erfassen der Stimmungslage“ bzw. Vorbereiten von Gemeinde- und Stadtratssitzungen und das behutsame und schrittweise Einbringen von Klimaschutzvorhaben. In Kommunen mit Vorbehalten gegenüber Klimaschutz wurden Vorhaben wiederholt und erfolgreich konservativ formuliert – d. h. nicht als Klimaschutz, sondern als

Heimatschutz, Förderung der kommunalen Unabhängig oder als Maßnahme zum Schutz der Landschaft. Bei potenziell schwierigen Themen, die im Alltag der Bürger:innen erfahrbar sind und medial diskutiert werden, etwa der kommunalen Wärmeplanung, erweist sich das proaktive Informieren sowie das Angebot von Gesprächsmöglichkeiten als wirkungsvolle Maßnahme. Grundsätzlich betonen unsere Gesprächspartner:innen die Bedeutung einer stetigen und frühzeitigen Information der Bürger:innen über verschiedene Medien, wobei explizit die Hintergründe bzw. das „Warum“ geplanter Maßnahmen transparent dargestellt werden sollten. Als erfolgreiche Beteiligungsformate werden die Einbindung von lokalen Klima- und Umweltschutzverbänden, etablierten ehrenamtlichen Strukturen (z. B. Feuerwehr) sowie Schulen und Kindergärten genannt.

„Wir haben den Bürgern gezeigt, dass sie auf so einen Humbug aus den Medien nicht hören müssen. Bevor wir mit der kommunalen Wärmeplanung gestartet sind, habe ich alle Bezirks Schornsteinfegermeister zusammengerufen und einen kleinen Workshop gemacht. Das war Anfang 2024. Ich habe denen gesagt, wenn ihr in die einzelnen Häuser kommt, könnt ihr den Leuten bitte erzählen, dass wir bald mit der kommunalen Wärmeplanung starten - aber wir werden niemandem sein Heizsystem vorschreiben. Die Schornsteinfeger können uns offen kommunizieren, wenn die Leute fragen oder Sorgen haben. Ich denke, das hat viel geholfen.“

(Nordrhein-Westfalen, EK2)

Unter die Subkategorie „*sonstige Erfolgsfaktoren*“, die in 23 von 36 Interviews genannt wurden, fallen überwiegend Erfolgsfaktoren, die sich aus lokalen bzw. regionalen Spezifika ergeben. Beispiele hierfür sind die Zusammenarbeit mit Rechtlergemeinschaften zur Waldpflege in Bayern, die Solardach- bzw. Photovoltaikpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen in Baden-Württemberg, Bremen und Nordrhein-Westfalen sowie die Zusammenarbeit mit nahe gelegenen Hochschulen. Im Rahmen der landesrechtlichen Zuständigkeiten verfügen die Kommunen über Organisationshoheit und sind somit unabhängig in der Wahl ihrer Organisationsstruktur (Frank et al., 2017). Diese Gestaltungsfreiheit ermöglicht es Kommunen, Klimaschutzpersonal als Stabsstelle direkt dem oder der Bürgermeister:in unterzustellen. Eine solche organisatorische Ansiedlung des Klimaschutzpersonals ist für einige befragte Kommunen ein klarer Erfolgsfaktor. Sie unterstreicht die Relevanz von Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sowie die damit einhergehende Beratungs- und Koordinationsfunktion. Auch die Verabschiedung von Grundsatzbeschlüssen als strategische Richtungsentscheidung im Bereich Klimaschutz durch den Gemeinde- oder Stadtrat kann ein organisatorischer Erfolgsfaktor sein. Grundsatzbeschlüsse schaffen Planungs- und Handlungssicherheit und binden Verwaltungsmitarbeiter:innen und Kommunalpolitiker:innen an ein gemeinsames Ziel. Über konkrete Ausführungs- und Haushaltsbeschlüsse kann dann unter Berücksichtigung unterschiedlicher Positionen diskutiert werden, ohne jedoch das grundlegende Ziel immer wieder zu hinterfragen. Gerade für Stabsstellen (z. B. dem Klimaschutzmanagement) können Grundsatzbeschlüsse von großer Bedeutung sein, um ämterübergreifend zu arbeiten.

Nur sechs der 36 befragten Kommunen nennen ihre eigene **Finanzstärke** als Erfolgsfaktor. Wie anfangs erläutert, spiegelt dies vor dem Hintergrund der bestehenden Hürden erneut die angespannte Haushaltssituation der meisten kleinen Kommunen wider. Unsere Ergebnisse zeigen auch, *wenn* eine Kommune finanziell leistungsfähig ist, dann ist sie überdurchschnittlich erfolgreich im kommunalen Klimaschutz. Weniger finanzstarke Kommunen berichten übereinstimmend, dass Klimaschutzmaßnahmen vor allem dann von der Kommunalpolitik akzeptiert und in ihrer

Umsetzung unterstützt werden, wenn sie einen *monetären Nutzen* für die Kommune erzielen. Häufig genannt werden Einnahmen aus PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften, der Dachverpachtung für PV-Anlagen sowie Einnahmen aus Windparks. Ebenso fördert das Einsparen von Kosten, etwa durch den Wechsel zu energiesparender Straßenbeleuchtung, die Akzeptanz und den Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen. Besonders Windparks, die allerdings häufig Widerstand von Bürger:innen hervorrufen, ermöglichen kleinen Kommunen große fiskalische Effekte. Mehrere kleine Kommunen berichteten, dass ihre vormals verschuldeten Haushalte dank der Einnahmen aus Windparks mittlerweile ausgeglichen sind. Die Erlöse ermöglichen Ausgaben in freiwillige Aufgabenbereiche wie Sportförderung oder die kostenfreie Bereitstellung von Kindergartenplätzen. Solche Maßnahmen steigern wiederum die Attraktivität kleiner und ländlicher Kommunen für junge Familien.

Grundsätzlich lässt sich zwischen aktiver und passiver Teilhabe der Bevölkerung an den Einnahmen eines Windparks unterscheiden. Bei einer aktiven Teilhabe investieren Bürger:innen selbst in einen Windpark und erhalten eine Rendite. Bei einer passiven Teilhabe profitieren sie indirekt von den Mehreinnahmen ihrer Kommune, etwa durch vergünstigte Kindergärten und renovierte Sportanlagen. Für die Akzeptanz in Kommunalpolitik und Bürger:innenschaft ist es entscheidend, dass ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung vor Ort verbleibt (Burkhardt, 2025). Der größte finanzielle Mehrwert für Kommunen ergibt sich vor allem dann, wenn sie selbst Flächen besitzen und diese für Windparks freigeben. Nennenswert ist dabei der tendenziell geringere Flächenbesitz ostdeutscher Kommunen im Vergleich zu westdeutschen Kommunen u. a. aufgrund umfangreicher Privatisierungen zu Investitionszwecken nach der Wiedervereinigung (Holm, 2022; Hesse, 2020). Dennoch zeigen unsere Ergebnisse eindrücklich, dass ein Mangel an finanziellen Mitteln oder kommunalen Flächen keine Ausschlusskriterien für die Erzeugung erneuerbarer Energien in der eigenen Kommune darstellen. PV-Anlagen auf Dächern von Schulen oder öffentlichen Gebäuden, Windkraft- und Biogasanlagen oder kleinere Wasserkraftprojekte werden seit vielen Jahren erfolgreich durch Bürgerenergiegenossenschaften finanziert und nach Genossenschaftsprinzipien demokratisch organisiert.

Dieses vermeintlich moderne Finanzierungsmodell ist in Deutschland bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts etabliert. Da in Energieunternehmen kein wirtschaftliches Interesse an Investitionen in dünn besiedelten Regionen bestand, gründeten sich in ländlichen Kommunen mehrere Energiegenossenschaften zur Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie (Yildiz, 2014, S. 680). Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts wuchs ihre Zahl auf etwa 6.000 Elektrizitätsgenossenschaften an, bevor sie infolge von Konzentrationsbestrebungen im Energiesektor sowie Zwangsschließungen im Dritten Reich erheblich zurückging (Holstenkamp & Müller, 2013). Dabei unterstreichen Erhebungen, dass Direktvermarktung und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Energiegenossenschaften sowie ihre Fokussierung auf bestimmte Zielgruppen häufig mit der Vermittlung eines ideellen und akzeptanzfördernden Mehrwertes verknüpft sind (Klagge et al., 2016). Unsere Ergebnisse zeigen, dass in nur wenigen kleinen Kommunen die Möglichkeit der alternativen Finanzierung regionaler Energie durch Bürgerenergiegenossenschaften bekannt ist. Zugleich berichten alle Kommunen mit solchen Genossenschaften oder Darlehensbeteiligungen durch Bürger:innen von einer großen Beteiligungsnachfrage und erfolgreichen Realisierung der Energieprojekte.

„Wenn Kommunen sagen, sie können sich Windenergie oder Photovoltaik nicht leisten, dann stimmt das nicht. Sie können es sich nicht leisten, es selbst zu bezahlen. Das ist nachvollziehbar, aber es ist kein Finanzierungsproblem. Das muss man ganz, ganz klar sagen. Erneuerbare Energien in Kommunen sind kein Finanzierungsthema.“ (Bayern, EK4)

„Genossenschaften sind oft sehr engagiert und man hat als Kommune Unterstützung bei der Durchführung. Sorgen vor zu wenig Finanzkraft für Erneuerbare kann man den Kommunen nehmen, wenn sie bereit sind zu sagen, das muss nicht von mir gemacht werde, sondern ich muss es nur anstoßen, aber es kann von anderen umgesetzt werden. Wenn der Ertrag vor Ort bleibt, ist das auch ein großer Akzeptanzfaktor.“ (Bayern, EK4)

„Ein wichtiger Faktor ist, die Bürger einzubeziehen. Der Hauptanker sind die Bürger mit ihren Häusern. Wie heizen die Leute oder haben sie Solar auf dem Dach. Dafür muss man als Kommune mit einem gutem Beispiel vorangehen.“ (Hessen, EK 3)

„Die Bürgerenergiegenossenschaft bei uns funktioniert nach dem Kirchturmprinzip. Das heißt. Menschen, die um die Anlage leben, haben den ersten Zugriff, sich zu beteiligen. Das heißt auch, dass die Erträge vor Ort bleiben. Wir hatten immer Überzeichnungen. Also die Nachfrage ist größer als das Angebot. Wir haben nie ein Thema damit, dass die Finanzierung schwierig wäre. Die Genossenschaft arbeitet im ganzen Landkreis.“ (Bayern, EK4)

Im weiteren Verlauf der Forschungsinterviews wurden die Gesprächspartner:innen gebeten, erfolgreiche Klimaschutzthemen oder -projekte in ihrer Kommune zu benennen. Die Gründung von bzw. Zusammenarbeit mit Bürgerenergiegenossenschaften konnte bisher nur in wenigen Kommunen erfolgreich umgesetzt werden. Ähnliches gilt für erfolgreich umgesetzte Windkraftprojekte. Häufig genannt wurden Maßnahmen im Bau- und Gebäudesektor, z. B. energetische Sanierungen, PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften, die Umstellung auf energiesparende Straßenbeleuchtung / Beleuchtung in Gemeindegebäuden sowie grundsätzlich die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen über Instrumente der kommunalen Bauleitplanung, insbesondere den Flächennutzungsplan und Bebauungspläne nach dem Baugesetzbuch (BauGB). Auf Beschluss des Gemeinderats können Bebauungspläne für Teile des Gemeindegebiets z. B. die Flächenverdichtung und Sanierungen von Bestandsbauten im Ortskern fördern und eine weitere Flächenversiegelung am Ortsrand verhindern. Ebenso können Flächen für Solarenergie (z. B. PV-Freiflächenanlagen) festgesetzt und Vorgaben zur Bauweise, Gebäudehöhe und -stellung zur Reduzierung des Energiebedarfs sowie eine verpflichtende Nutzung von Nahwärmenetzen von Kommunen über die Bauleitplanung bestimmt werden. Die bauliche Planungshoheit der Gemeinden ist verfassungsrechtlich durch ihr Selbstverwaltungsrecht gewährleistet. Seit der Novelle des BauGB im Jahr 2011 sind Klimaschutz und Klimaanpassung in den Bestimmungen der Bauleitplanung verankert (§ 1 Abs. 5 und § 5 Abs. 2 BauGB).

„Man kann über die Bauleitplanung viel mehr Klimaschutz betreiben, als ich gedacht habe. Ein einfaches Beispiel: im Jahr 2021 hat das Landesamt für Umwelt eine Kartierung, eine Grünlandkartierung in unserem Kreis durchgeführt. Da wurde festgestellt, dass hier viele geschützte Biotop sind, also Flächen, die uns als normale Wiese erscheinen. Und die Bauleitplanung muss gucken, dass sie darauf Rücksicht nimmt, weil du kannst ein Biotop nicht ohne Weiteres zerstören. Das heißt wir brauchen jetzt Ausgleichsflächen, um den Eingriff in ein Biotop zu kompensieren.“ (Rheinland-Pfanz, EK4)

„Wir fördert aus Haushaltsmitteln sehr breit Klimaschutzmaßnahmen von Privatpersonen. Wenn Sie ein Gebäude energetisch sanieren, können Sie sich z. B. recht unkompliziert einen Zuschuss zur Wärmedämmung, zum Fenstertausch, zum Umbau auf eine Wärmepumpe oder zum Anschluss an die Geothermie holen. Von uns werden auch PV-Anlagen gefördert oder der Austausch von alten Haushaltsgeräten für energieeffiziente Geräte. Es gibt ein formales Förderprogramm unserer Gemeinde für ihre Bürgerinnen und Bürger. Das wurde vom Gemeinderat beschlossen. Auf der Homepage der Gemeinde werden die einzelnen Förderbausteine erklärt. Dort gibt es auch direkt alle Formulare und Anträge.“ (Bayern, EK4)

Darüber hinaus sind kleinere Projekte im direkten Kontakt mit Bürger:innen besonders erfolgreich und erhöhen zugleich das Bewusstsein für den lokalen Mehrwert von Klimaschutz. Die befragten kleinen Kommunen berichten etwa von Müllsammelaktionen, resilienter Aufforstung mit ehrenamtlichen Bürger:innen, Bürgersolarberatung oder einer niederschweligen kommunalen Förderung für PV-Anlagen und Solar-Balkonkraftwerke. Grundsätzlich werden kommunale, leicht zu beantragende Förderprogramme von Bürger:innen sehr gut angenommen. Aufgrund der überwiegend defizitären Haushaltssituation können trotz hohen Interesses nur wenige Gemeinden eigene Förderprogramme anbieten.

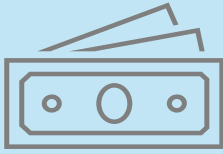
3.4 Wünsche für die Zukunft

Zum Abschluss der Forschungsinterviews wurden alle Gesprächspartner:innen gefragt, was sie sich wünschen, um Klimaschutz zukünftig noch erfolgreicher umsetzen zu können. Abbildung 4 bietet eine Übersicht der am häufigsten genannten Wünsche. Die Antworten lassen sich in vier Kategorien einteilen: „Wünsche auf übergeordneter Ebene“, „Wünsche zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft“, „Wünsche bzgl. der Ausgestaltung von Fördermitteln“ und „Wünsche bzgl. konkreter Klimaschutzprojekte“. Sowohl auf übergeordneter Ebene als auch im Bereich der Wünsche zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft steht die Forderung im Vordergrund, Klimaschutz und Klimaanpassung zu kommunalen Pflichtaufgaben zu erklären. Die aktuelle fördermittelbasierte Finanzierung bindet angesichts der Beantragungsprozesse und Nachweispflichten oft knappe personelle Ressourcen. Darüber hinaus verleihen die befristete und unstetige Finanzierung dem Klimaschutz einen „Projektstatus“ (UBA, 2022, S. 306), der es erschwert, gegenüber Bund und Ländern einen stärkeren politischen Druck für eine Erhöhung der finanziellen Mittel zu erzeugen.



Wünsche auf übergeordneter Ebene

- Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern
- Mehr Gestaltungsspielraum für kommunales Handeln
- Planungssicherheit für kommunalen Klimaschutz durch konstante Unterstützung der Bundes- und Landespolitik



Wünsche zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft

- Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankern
- Mehr Finanzierung via Haushaltsmittel anstatt via Fördermittel
- Höhere Schwellenwerte für freihändige Vergabeverfahren
- Dauerfinanzierung für Klimaschutzpersonal ermöglichen



Wünsche bzgl. der Ausgestaltung von Fördermitteln

- Zentrale und schlanke Datenbank mit Informationen zu allen Fördermitteln
- Beantragung durch Mustervorlagen erleichtern; Fördermittel zusammen legen
- Zwang zur Einbindung von kostspieligen Ingenieur- und Planungsbüros senken
- Förderbedingungen, Eigenanteile und Bürokratie abbauen



Wünsche zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten

- Zentraler "Werkzeugkasten" mit Vorlagen, Musterlösungen und Beispielen
- Förderung für private PV-Anlagen planungssicher wiedereinführen
- Schnellere und bürokratieärmere Genehmigungsverfahren für Windenergie
- Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge und Stromnetze ausbauen

Abbildung 4: Klimaschutz in kleinen Kommunen - Wünsche der Kommunen für die Zukunft.

Bemerkenswert ist die Forderung der befragten Kommunen nach der Verankerung des Klimaschutzes als **Pflichtaufgabe** u. a. deshalb, weil sie die kommunale Selbstverwaltungshoheit beschneidet. Zudem wurden den Kommunen in den letzten Jahren immer wieder neue Aufgaben zugewiesen. Entgegen dem bestehenden Ordnungsrahmen wird Klimaschutz von den Kommunen jedoch als eine de facto verpflichtende Aufgabe verstanden. Insbesondere der Schutz der Bürger:innen vor Extremwetterereignissen infolge des Klimawandels gilt als faktisch verpflichtend. Auch der Deutsche Städtetag weist in einem Diskussionspapier darauf hin, dass mit einer Ausgestaltung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Pflichtaufgabe „die Erwartung verknüpft [wird], die Bedeutung von Klimamaßnahmen zu stärken und perspektivisch bei der Verteilung von Mitteln und Personalressourcen gegenüber Bund und Ländern einen größeren politischen Druck erzeugen zu können. Allerdings erhöhen sich Finanzmittel nicht automatisch deshalb, weil es sich um eine Pflichtaufgabe handelt“ (2024, S. 6).

„Klimaschutz als Pflichtaufgabe würde natürlich unglaublich helfen. Das wäre aus meiner Sicht ein absolut notwendiger Schritt. Erstens wird es die Finanzierung klären oder zumindest die Zuständigkeiten. Zweitens wird es Blockaden in Verwaltung und Politik deutlich vermindern. Und drittens wird es dafür sorgen, dass unterschiedliche Ebenen zusammenarbeiten müssen.“ (Bayern, EK4)

Mit dem Wunsch nach Klimaschutz als kommunaler Pflichtaufgabe geht die Forderung nach einer dauerhaften Grundfinanzierung einher. Aus bundesweiten Forschungsinterviews mit 36 kleinen Kommunen ergibt sich eine einheitliche Wahrnehmung der gegenwärtigen Finanzierung über Fördermittel. Für eine erfolgreiche Zukunft im kommunalen Klimaschutz wünschen sich die

Gesprächspartner:innen bundeslandübergreifend eine verstärkte Finanzierung über Haushaltsmittel. Diese Mittel könnten und sollten durchaus zweckgebunden und nachweispflichtig für Klimaschutz eingesetzt werden. Der Wunsch der Kommunen ist dabei nicht als bloßes Verlangen nach „einfach mehr Geld“ zu verstehen. Vielmehr bedarf es einer anderen Vorgehensweise bei der Mittelverteilung. Durch eine entsprechende Grundfinanzierung erhoffen sich die Kommunen u. a. größere Gestaltungsfreiheit bei gleichzeitiger Planungssicherheit.

Das große Angebot bestehender Förderprogramme wird von vielen Kommunen als „Förderdschungel“ wahrgenommen. Daher wünschen sich mehrere Kommunen eine Zusammenlegung bestehender Förderprogramme sowie *eine* zentrale, aktuelle und übersichtliche Datenbank mit allen verfügbaren Förderprogrammen. Kleine Kommunen mit wenigen finanziellen und personellen Ressourcen im Bereich Klimaschutz erleben die heterogene Förderlandschaft mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Förderquoten und Fristen als große Hürde. Infolgedessen fordern viele Kommunen bürokratieärmere Förderprogramme. Die von uns befragten Kommunen wünschen sich niederschwellige Förderprogramme, die mit Maßnahmenkatalogen und Vorlagen beantragt werden können. Als positives Beispiel wurde das 2024 ausgelaufene Förderprogramm „Klima Invest“ des Freistaats Thüringen genannt. Einige Kommunen erhoffen sich durch Bürokratieabbau, Gelder einsparen zu können, die bislang für die Erstellung von Klimaschutzkonzepten an Planungs- und Ingenieurbüros gezahlt werden müssen — zugunsten der Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen.

4 Zusammenfassung der Ergebnisse und politische Handlungsempfehlungen

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Hürden und Erfolgsfaktoren des kommunalen Klimaschutzes in kleinen Kommunen aufgezeigt. Dabei wurden sowohl die finanziellen Hürden der Kommunen als auch deren Wünsche an eine verbesserte Fördermittelstruktur untersucht. Das Forschungsprojekt Klimaschutz in kleinen Kommunen verdeutlicht zudem, weshalb und wie es einigen kleinen Kommunen trotz gegebener Hürden gelingt, erfolgreichen kommunalen Klimaschutz zu betreiben. Hierzu wurden leitfadengestützte Interviews mit kommunalen Klimaschutzexpert:innen aus Verwaltung und Politik in 36 kleinen Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohner:innen geführt. Das Sample umfasst kleine Gemeinden und Städte aus allen Bundesländern, mit Ausnahme der Stadtstaaten.

Kommunaler Klimaschutz ist als Aufgabe der freiwilligen Selbstverwaltung stark abhängig von politischer Prioritätensetzung, finanziellen Handlungsspielräumen und personellen Kapazitäten. Dementsprechend heterogen gestalten sich sowohl die strategische Verankerung von Klimaschutzkonzepten als auch die Umsetzung konkreter Maßnahmen in den befragten Kommunen. Etwa die Hälfte der 36 Kommunen verfügt über formalisierte Klimaschutzkonzepte. Die praktische Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ist dabei deutlich verbreiteter als deren strategische Fundierung. Besonders häufig realisiert werden Projekte im Bereich Verbrauchen und Vorbild, beispielsweise PV-Anlagen auf kommunalen Liegenschaften, energetische Sanierungen sowie LED-Umrüstungen. Umfangreichere Projekte wie die Erschließung von Windparks oder Geothermieanlagen konnten bisher nur vereinzelt in kleinen Kommunen fertiggestellt werden. Bei Windparks ist dies u. a. auf die lange Planungs- und Genehmigungszeiträume zurückzuführen. Die

verpflichtende kommunale Wärmeplanung fungiert als institutioneller Impuls und führt insgesamt zur Einrichtung neuer Klimaschutzstellen.

Personell obliegt der Klimaschutz in kleinen Kommunen entweder einer einzelnen Klimaschutzfachkraft oder wird als zusätzliche Aufgabe anderen Verwaltungsangestellten (z. B. im Bauamt) ohne eigene Personalstelle übertragen. Befristete, fördermittelabhängige Stellen dominieren deutlich unter den vorhandenen Personalstellen für Klimaschutzmitarbeiter:innen. Kommunen ohne eigenes Fachpersonal bearbeiten Klimaschutzaufgaben eingeschränkter und/oder delegieren sie häufiger an (kostenintensive) externe Dienstleistende. Finanzielle Restriktionen stellen die größte Hürde für den kommunalen Klimaschutz dar. Die starke Fördermittelabhängigkeit führt zu einer strukturellen Differenzierung kleiner Kommunen in drei Typen hinsichtlich des Umgangs mit diesen Mitteln. Die Förderlandschaft wird ambivalent bewertet: Einerseits ermöglichen Förderprogramme erst eine Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten, andererseits erschweren Bürokratie, „Förderdschungel“, kurze Fristen, hohe Eigenanteile sowie die Konzeptlastigkeit die Förderung erheblich.

Die Akzeptanz kommunaler Klimaschutzmaßnahmen erweist sich als vielschichtig. Während die Akzeptanz in der Bevölkerung heterogen verteilt ist und selten als ausschlaggebender Hemmfaktor wahrgenommen wird, stellt die Unterstützung durch den oder die Bürgermeister:in ein faktisches „K.-o.-Kriterium“ für erfolgreichen Klimaschutz dar. In kleinen Kommunen konzentriert sich die politische Gestaltungsmacht auf wenige Personen, wodurch individuelle Blockaden als große Hürde wahrgenommen werden. Besonders in ostdeutschen Bundesländern berichten Kommunen über eine stärkere Skepsis der Bevölkerung und Oppositionsparteien, insbesondere der AfD, gegenüber Klimaschutzthemen, teilweise verbunden mit Anfeindungen.

Trotz gegebener Hürden leisten viele kleine Kommunen bereits wesentlich ihren Beitrag zum Gelingen der nationalen Klimaschutzziele bei. Ihre wichtigsten Erfolgsfaktoren sind Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit, frühzeitige und direkte Kommunikation mit Bürger:innen, eine institutionelle sowie personelle Verankerung des Klimaschutzes und ein erkennbarer fiskalischer Nutzen von Klimaschutzmaßnahmen, etwa durch Einnahmen aus Windparks oder PV-Anlagen. Kleine Kommunen profitieren besonders von Gemeinschaftslösungen mit Nachbarkommunen, Landkreisen oder regionalen Netzwerken. Auch übergeordnete koordinierende Instanzen wie Energieagenturen und das Klimaschutzpersonal der Landkreise, die den kleinen Kommunen proaktiv Unterstützung und Informationen bieten, sind maßgebliche Erfolgsfaktoren. Finanzstarke Kommunen zeigen überdurchschnittliche Erfolge und sind insbesondere unabhängiger in der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Gleichzeitig zeigen die Beispiele von Bürgerenergiegenossenschaften, dass auch finanzschwache Kommunen erneuerbare Energieprojekte erfolgreich realisieren können. Bisher werden von den Kommunen besonders Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor, in der Bauleitplanung sowie niedrigschwellige Projekte mit direktem Bürger:innenkontakt positiv bewertet.

Abbildungen 5 bietet eine Übersicht der strategischen Empfehlungen an Bund und Länder, die sich aus den Ergebnissen des Forschungsprojektes ableiten lassen.

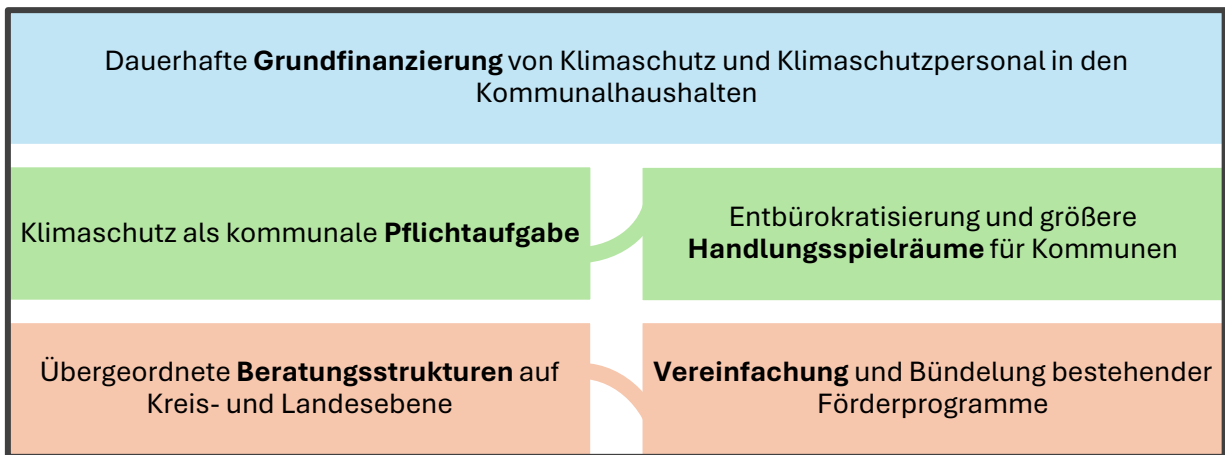


Abbildung 5: Bausteine für den erfolgreichen Klimaschutz in kleinen Kommunen – Handlungsempfehlungen an Bund und Länder.

Unsere Ergebnisse verdeutlichen ein Spannungsfeld zwischen der hohen kommunalen Handlungsbereitschaft und den bestehenden strukturellen Begrenzungen. Die aktuelle politische Debatte über eine Abschwächung der geltenden Klimaschutzvorgaben (etwa des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) bzw. zukünftig Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG)) sowie über ein kurzfristiges Auslaufen von Förderprogrammen, etwa für kleine Solaranlagen, beeinflussen den klimapolitischen Handlungsspielraum kleiner Kommunen direkt. Aufgrund der angespannten Kommunalhaushalte ist es den Kommunen überwiegend nicht möglich, Bürger:innen eigene Förderprogramme aus Haushaltsmitteln anzubieten. Zugleich zeigen unsere Ergebnisse, dass finanzielle Anreize und Planungssicherheit sowohl für Bürger:innen als auch in der Kommunalpolitik Erfolgsfaktoren für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen darstellen.

Klimaschutz wird von vielen kleinen Kommunen faktisch als Pflichtaufgabe verstanden, institutionell jedoch als freiwillige Zusatzleistung behandelt. Das Forschungsprojekt verdeutlicht, dass erfolgreicher Klimaschutz *trotz* gegebener Hürden möglich ist. Abbildung 6 bietet eine Übersicht der praktischen Empfehlungen an kleine Kommunen, die sich aus den vorangegangenen Kapiteln ergeben.

Unser Forschungsprojekt zeigt, dass kommunaler Klimaschutz auch in kleinen Kommunen nicht als Zusatzaufgabe für bestehendes Verwaltungspersonal betrachtet werden sollte. Die erfolgreiche Beantragung von Fördermitteln und das Initiieren partizipativer Finanzierungskonzepte sind für verschuldete Kommunen essenziell, um große Klimaschutzprojekte insbesondere im Bereich der Energiewende, umsetzen zu können. Qualifiziertes Fachpersonal wie Klimaschutzmanager:innen und Umwelttechniker:innen ermöglichen es zudem, den Bedarf an kostenintensiven externen Dienstleistenden zu reduzieren. Kleine Kommunen profitieren maßgeblich von übergeordneten, proaktiven Beratungsstrukturen wie Landesenergieagenturen oder Klimaschutzmanager:innen der Landkreise. Sind entsprechende Strukturen nicht vorhanden, sollten sich die kleinen Kommunen auf Landesebene gemeinsam für deren Einrichtung einsetzen.

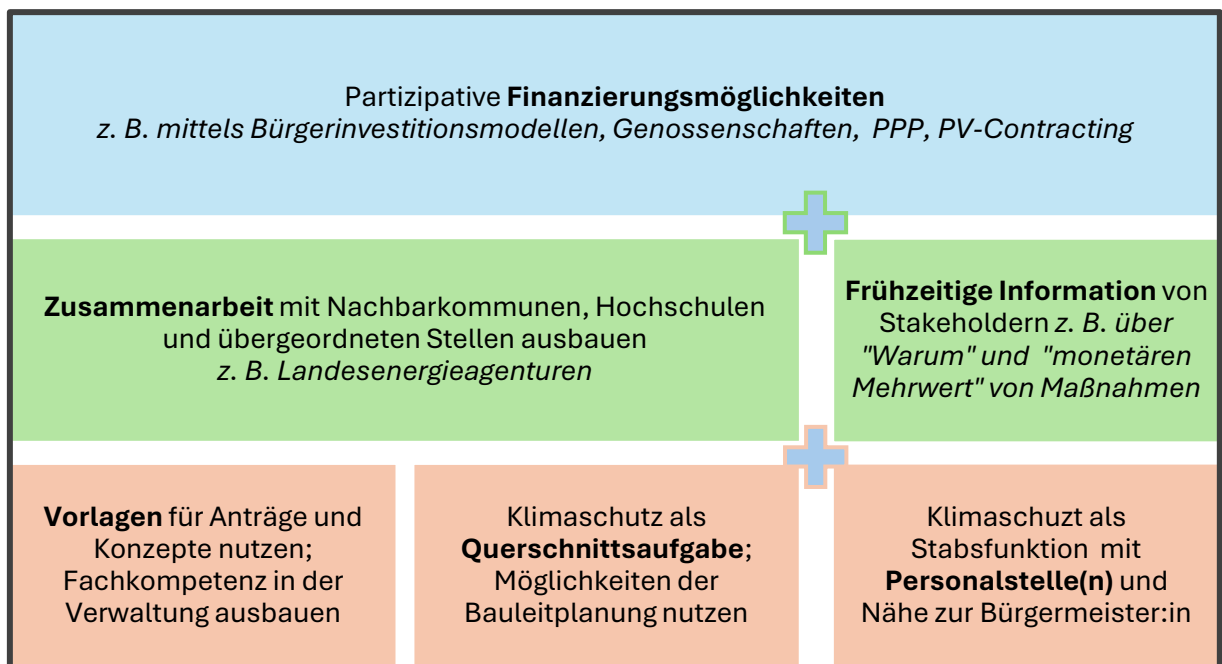


Abbildung 6: Bausteine für den erfolgreichen Klimaschutz in kleinen Kommunen – Handlungsempfehlungen an Kommunen.

Trotz des eingeschränkten Handlungsspielraums sind Kommunen z. B. dazu befähigt, Grundsatzbeschlüsse zu fassen und Klimaschutz durch die Möglichkeiten Bauleitplanung zu betreiben. Vorreiterkommunen sollten proaktiv auf kleine Kommunen mit weniger Erfahrung im Klimaschutz zugehen und bestehendes Material als Vorlage für benachbarte Kommunen nutzbar machen.

Das Ziel des Forschungsprojekts „Klimaschutz in kleinen Kommunen“ ist ein tiefgehende Verständnis der individuellen Erfahrungen ausgewählter Kommunen sowie deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Diese Logik qualitativer Forschung sollte bei der Interpretation der Forschungsergebnisse berücksichtigt werden. Die Folgen der Klimakrise sind deutschlandweit in den Kommunen spürbar. So gaben bei einer Erhebung des Deutschen Instituts für Urbanstatistik im Jahr 2024 insgesamt 92 % der befragten Kommunen an, bereits von Extremwetterereignissen wie Starkregen, Stürmen oder Hitzewellen betroffen gewesen zu sein (Overath & Rösler, 2025, S. 20). Klimaschutz und Klimaanpassung zum Schutz der Bevölkerung vor Extremwetter sind faktisch keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern müssen in der Verwaltungspraxis verankert werden. Hierzu braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, kommunalen Handlungsspielraum und die Initiative der Bürgermeister:innen, trotz gegebener Hürden den Schutz des Klimas und der Bürger:innen zu unterstützen.

Anhang



A1: Kodierleitfaden

Bezeichnung Hauptkategorie	Kodierregel Hauptkategorie	Bezeichnung Subkategorie	Ankerbeispiel Subkategorie (Paraphrase)
Gruppe Einwohnerzahl	Kodierung anhand des Kürzels	Einwohner:innengruppen 1 bis 4	Sa4Ma
Kürzel Bundesland		Alle Bundesländer	Sa4Ma
Best-Practice-Beispiele	Maßnahmen, Kommunikationsstrategien und weitere Klimaschutzaspekte, die im Vergleich zu anderen Kommunen positiv auffallen. Kodieren, wenn die Kommune als Vorbild dienen kann. Wenn der Gesamteindruck sehr positiv ist, Kürzel kodieren.	/	„Die Bürgerenergiegenossenschaft bei uns funktioniert nach dem Kirchturmprinzip. Das heißt, dass die Menschen, die um Anlagen herum leben, den ersten Zugriff haben, sich zu beteiligen. Das heißt auch, dass Erträge vor Ort bleiben. Wir hatten hinsichtlich der Beteiligung immer Überzeichnungen, also nie ein Thema, das die Finanzierung durch Bürgerbeteiligung schwierig wäre. Die Genossenschaft arbeitet bei uns im ganzen Landkreis. Sie hätte weitere Beteiligungen in anderen Gemeinden des Landkreises anfragen können. So weit ist es nie gekommen. Es gibt viel mehr Nachfrage, erneuerbare Energien zu finanzieren, als es im Moment Angebote gibt.“ (B4Mb)
Wichtige Zitate	Zitate, die sich in paraphrasierter Form (d. h. nach der Entfernung von Füllwörtern/Doppelungen) für eine Zitation im Paper eignen. Kodierte Textstellen müssen prägnant und für sich alleinstehend verständlich sein.	Zitate Klimaschutzmaßnahmen	„Erstens haben wir relativ früh - also 2015 - im Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass wir auf allen kommunalen Dachflächen prüfen, ob dort PV-Anlagen möglich sind. Und zweitens haben wir beschlossen, dass wir die Umsetzung nicht selbst finanzieren, sondern über Bürgersolaranlagen.“ (B4Mb)
		Zitate Finanzielle Rahmenbedingungen	„[...] für den Wärmeplan des BMWK wurde der Förderantrag ausgefüllt. Ich wollte ihn im November 2023 einreichen. Das war damals online und mir nicht möglich. Darum habe ich dort angerufen. Mir wurde dann gesagt, dass die Förderung gestoppt wurde, weil es das Loch mit den 65 Milliarden Euro im Bundeshaushalt gab.“ (Sa4Ma)
		Zitate Akzeptanz	„[...] dann wird gesagt, wir brauchen hier keinen Klimaschutz/Windpark. Mit Fahnen, mit Trillerpfeifen standen sie vor unserem Landratsamt. Ich habe selbst Briefe gekriegt an der Wohnungstür.“ (Sa4Ma)
		Zitate Hürden	„[...] jetzt ist es stillgelegt das Projekt. Man wartet, dass etwas passiert. Wir sind in den Startlöchern. Und das Hemmnis? Das liegt nicht hier bei uns in der Kommune, sondern auf übergeordneter Kreisebene.“ (Sa4Ma)
		Zitate Wünsche	„Es braucht im Endeffekt eine Förderung für alle notwendigen Projektstufen, von dem Konzept bis zur Umsetzung. Da gibt es oft Lücken.“ (B4Ma)
		Zitate Erfolgsfaktoren	„Vorher gab es überhaupt keine Ordnung hinter dem Vorgang - es hatte keinen Pfiff [...]. Durch den Bewertungskatalog für PV-Flächen wir wissen, was wir tun und machen es dann auch.“ (Ni1c)
		Sonstige Zitate	„Sie haben hier eine Kommune erwischt, die offen für das Thema ist, wo der Bürgermeister die Politik zusammenhält und selbst dahintersteht und die nicht am

			finanziellen Ruin steht. Bei uns sind die Bedingungen sehr gut, sodass mein Job mir auch wirklich Spaß macht.“ (Ni1c)
Status quo	Aussagen über den aktuellen Stand der konkreten kommunalen Rahmenbedingungen im Bereich Klimaschutz. Kodiert werden nur die Aspekte personelle Ressourcen, Konzepte/Ziele und Richtlinien/Vorgaben. Der aktuelle Stand bzgl. Klimaschutzmaßnahmen wird nicht an dieser Stelle, sondern in der Kategorie Maßnahmen kodiert.	Status quo personelle Ressourcen Klimaschutz	„Seit drei Jahren haben wir tatsächlich auf einer halben Stelle eine Klimaschutzmanagerin. Die Stelle war ursprünglich gefördert [...] und wurde jetzt dauerhaft gesetzt. Sie ist mittlerweile aus der Förderung draußen. Das heißt, wir haben eine 0,6-Prozent-Stelle im Bereich Klimaschutzmanagement aus dem kommunalen Haushalt.“ (B4Mb)
		Status quo Konzepte/Ziele	„Einer der wichtigsten Meilensteine war, ein Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Das war im Rahmen der geförderten Kommunalrichtlinie von 2020 bis 2023. [...] Mit dem Klimaschutzkonzept haben wir auch die Zielsetzung Klimaneutralität bis 2040 als Beschluss festgelegt und ein Maßnahmenpaket, an dem man sich einfach entlang arbeiten kann.“ (B4Mb)
		Status quo Richtlinien/Vorgaben	„Wir haben uns einen Rahmenplan für Klimaschutz und Klimaanpassung erarbeitet. Das ist ein verwaltungsinternes verbindliches Instrument für die Bauleitplanung. Das ist spannend, auch im Vergleich zur Nachbargemeinde. Dort wurden unverbindliche Leitlinien erarbeitet.“ (B4Mb)
		Status quo Sonstiges	„Also die Fördermöglichkeiten gehen auch nicht. Dass wir nicht nur sagen, wir finanzieren bestimmte Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch, dass wir den Leuten in der Gemeinde helfen, Klimaschutz oder Klimaanpassungsmaßnahmen besser selbst zu finanzieren. Beides findet gar nicht statt.“ (BW3c)
Charakteristika Kommune	Aussagen über die Eigenschaften der Kommune und deren strukturelle Einbettung (Bundesland/Raumstruktur).	Wahrgenommene Raumstruktur	„[...] im Kontext einer sehr kleinen Gemeinde. Also wir sind hier in unserer Kommune ungefähr 6500 Einwohner:innen. Spannend ist die Struktur der Gemeinde, weil hier das Gebiet sehr städtisch geprägt ist.“ (Br3b)
		Charakteristika Bundesland	„Es gibt einen Verband in Bayern, der hat sich auf Klagen gegen Windenergieanlagen spezialisiert.“ (B4Mb)
		Betroffenheit Klimafolgen	„Wir haben Dürreperioden, wir haben deutlich mehr Hitze, wir haben Extremwetterereignisse hier bei uns vor Ort. Wir haben jetzt im Durchschnitt zwei Grad mehr als noch in den 70er-Jahren. Und wir haben im Durchschnitt zehn Hitzetage mehr pro Jahr.“ (B4Ma)
		Sonstige Charakteristika	„Wir haben viel Tourismus, und da muss man auch kontrollieren.“ (B2Ma)
Rolle Interviewperson	Aussagen der Interviewperson über die eigene Position und Tätigkeit innerhalb der Kommune.	Stellenbezeichnung	„Ich bin selbst Gemeinderat, vom Gemeinderat gewählter dritter Bürgermeister und mittlerweile auch Referent für Klimaschutz.“ (B4Mb)
		Aufgaben	„Ich sehe mich selbst als Schnittstellenperson und Möglichmacherin und nicht unbedingt immer als Umsetzerin.“ (Ni1c)
		Berufserfahrung	„Ich bin seit Februar hier, aber habe mich schnell einarbeiten müssen, weil sehr viel schon im Laufen war. Ich musste auf den fahrenden Zug aufspringen und bin frisch aus dem Studium hier in die Kommune gekommen.“ (Br3b)
		Sonstiges Rolle Interviewperson	„Spezifisch zu meiner Arbeitssituation könnte ich noch sagen, dass ich als Stabsstelle direkt beim Samtgemeindebürgermeister angesiedelt bin.“ (Ni1c)

Maßnahmen	Aussagen über Klimaschutzmaßnahmen in der betreffenden Kommune: Inklusive Maßnahmen für Klimaanpassung und Umweltschutz, aber exklusive ausschließlicher Strategien und Zielsetzungen.	Geplante Maßnahmen	„(...) wir haben für unsere Kita im Ortsteil Fördermittel für eine Wärmepumpe inklusive Photovoltaik beantragt. Ob das durchgeht, wissen wir im Moment noch nicht, aber das wäre unser erstes Objekt, was wir mit einer Wärmepumpe ausgerüstet hätten.“ (Sa4Ma)
		Laufende Maßnahmen	„Wir haben Bürgersolarberater, das funktioniert wie Nachbarschaftshilfe. Wir als Gemeinde bezahlen nur die einmaligen Fortbildungskosten zwischen 350€ und 500€. Dann läuft die Beratung selbstständig und sie beraten ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger.“ (He3Mc)
		Abgeschlossene Maßnahmen	„(...) haben wir auch ein sehr erfolgreiches Projekt abschließen können. Das war auch gefördert und heißt Reallabor. Das ist ein Radverkehrsprojekt für interkommunale Radwege.“ (Br3b)
		Sonstige Maßnahmen	„Was ich mir auf die Fahnen geschrieben habe, sind die Erneuerbaren, vor allem Windkraft und PV-Anlagen.“ (Sa4Ma)
Finanzielle Rahmenbedingungen	Aussagen über den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune und die Erfahrungen mit Fördermitteln im Bereich Klimaschutz.	Fördermittel: Positive Aspekte	„Es ist sehr gut, dass es Förderungen gibt, weil Klimaschutz nach wie vor keine Pflichtaufgabe ist und daher in ganz vielen Kommunen ohne die Förderung sehr wenig umgesetzt würde. Eine Fördermöglichkeit immer ein starkes Argument, dass man Dinge umsetzen kann.“ (B4Ma)
		Fördermittel: Negative Aspekte	„Es ist leider ein Förderdschungel. [...] Es ist extrem uneinheitlich, wie die Förderanträge ausschauen, was die Förderbedingungen sind z. B. auf Landesebene oder auf Bundesebene. Die Verwendungsnachweise sind sehr unterschiedlich.“ (B4Ma)
		Fördermittel: Neutrale Aspekte	„Dadurch, dass man gefördert wird, ist die Arbeit relativ strukturiert. Erst wird z. B. dieses Klimaschutzkonzept mit dem Status quo als Grundlage erstellt und danach ein Maßnahmenplan gemacht.“ (Ni1c)
		Finanzierung Klimaschutzpersonal	„Meine Stelle ist gefördert über die Nationale Klimaschutzinitiative als Anschlussvorhaben. Wir sind im zweiten Jahr der Förderung. Nächstes Jahr im November läuft sie aus.“ (Br3b)
		Kommunaler Haushalt	„Unsere finanzielle Situation ist schon angespannt. Wenn wir Maßnahmen im Bereich Klima planen, geht es vor allem über Fördermittel. (He3Mc)
		Sonstiges Finanzielles	„[...] gerade Genossenschaften sind oft sehr engagiert, motiviert und man hat dann gleich ein Netzwerk, eine Unterstützung [...]. Also die Sorge mit der Finanzkraft, glaube ich, kann man den Kommunen eigentlich nehmen, wenn sie bereit sind zu sagen, das muss nicht von mir als Kommune gemacht werden, sondern ich muss es anstoßen, ich muss zusammenarbeiten.“ (B4Mb)
Akzeptanz	Aussagen über Erfahrungen mit vorhandener oder mangelnder Akzeptanz gegenüber Klimaschutz	Negative Erfahrungen	„Trotzdem gibt es eine aktive Gruppe, die versucht, dagegen Stimmung zu machen. Es gibt einen Verband in diesem Bundesland, der hat sich auf Klagen gegen Windenergieanlagen spezialisiert. Der klagt auch gegen unsere Anlagen. Da gibt es durchaus Widerstand.“ (B4Mb)
		Positive Erfahrungen	„[...] Bürgergenossenschaft - Dadurch sind da nicht nur Bürger aus der Gemeinde beteiligt, sondern auch aus den Nachbarkommunen. Aber ich glaube, das wird schon ganz gut angenommen.“ (He3Mc)
		Sonstige Erfahrungen	„Wenn ich mir mit einer gewissen politischen Herangehensweise gleich meine Opposition selber baue, dann habe ich nachher ein Problem. Oder wenn ich nur an

			irgendwelchen Konzepten arbeite, die einfach nur schön sind. Aber im Endeffekt muss ich irgendetwas Nachweisbares machen. Wenn ich Akzeptanz haben will, muss ich immer etwas Greifbares machen. Was hilft mir das schönste Klimakonzept, wenn der Bürger nichts mitkriegt?“ (He4Ma)
Erfolgsfaktoren	Aussagen über Faktoren, die zu einer erfolgreichen Planung, Kommunikation, Finanzierung und Umsetzung von Klimaschutz beitragen bzw. beigetragen haben.	Vernetzung: In der eigenen Kommune	„Aber wenn wir informieren, dann informieren wir über das Gemeindeblättchen, über Social Media, Facebook und Instagram. Wir haben eine Gemeindeapp. Und häufig, wenn was Größeres ist, dann auch über die lokalen Zeitungen.“ (He3Mc)
		Vernetzung: Interkommunal	„Mittlerweile muss man sagen, gibt es auch einige Klimaschutzmanager im Landkreis hier bei uns, wo wir regelmäßige Treffen haben und uns austauschen. Das hilft auch immer super viel.“ (Ni4b)
		Vernetzung: Wissensaustausch	„[Für] Klimakommunen [gibt es] Ende September dann auch Webinare, wo [etwas] vorgestellt wird, man versucht die Leute da zu informieren.“ (He3Mc)
		Vernetzung: Sonstiges	„Dann habe ich an einem Vernetzungstreffen für Klimaschutzmanager:innen teilgenommen, wo man sich ein bisschen über die Themen ausgetauscht hat. Was auch gut war, da ging es auch um den Arbeitsalltag. Was macht überhaupt ein Klimaschutzmanager?“ (San4Ma)
		Unterstützung durch Bürgermeister:in/Kommunalpolitik	„Das ist hier auf jeden Fall ein Erfolgsfaktor, dass die Bürgermeisterin hinter diesem Thema steht und dass sie dieses Thema vorantreibt.“ (B4Ma)
		Kommunikation/Beteiligung	„Erfolgreich ist auch die Sichtbarkeit der Thematik. Also dadurch, dass die Kommune dort vorangeht und dass die Kommune sehr viel kommuniziert, ist das sehr erfolgreich.“ (B4Ma)
		Finanzstärke der Kommune	„Das war die lange Wartezeit auf die Entscheidung in dem Fall. Da war man bei 18 Monaten Wartezeit. Und [die andere Kommune] hat jetzt einen großen Vorteil. [Die] ist finanziell extrem gut aufgestellt, wodurch Ausgaben in der Größenordnung für so ein Konzept Ausgaben sind, die man mal selber stemmen kann, ohne dass man da wartet.“ (B4Ma)
		Positiver monetärer Outcome	„Wir investieren so, dass wir sparen können. Wir haben überall Speicher mit eingebaut, um so langfristig Stromkosten sparen können, aber natürlich eben auch unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.“ (B1Ma)
		Umgang/Erfahrungen mit Fördermitteln	„Wieder andere Fördertöpfe. Wie gesagt, ich habe Spaß an Förderanträgen. Ich sehe die immer ein bisschen als sportliche Herausforderung.“ (He4Ma)
		Erfolgreiche Sektoren/Themen	„Wir haben auf sehr vielen kommunalen Liegenschaften PV Anlagen auf den Dächern. [...] Wenn der Haushalt das zugelassen hat, haben wir sie selbst bauen lassen und in unserem Eigentum. Wir haben aber auch PV Anlagen in der Bürgergenossenschaft, sodass wir gar nicht für die Errichtung, für den Kauf usw. aufkommen mussten. Wir haben Dachflächen vermietet, kriegen aber im Gegenzug relativ günstig Strom, zum Beispiel für eine Kita oder ein Feuerwehrhaus.“ (He3Mc)
		Einzelpersonen	„Das ist meine persönliche Leidenschaft. Für mich sind Energie und der Klimaschutz ganz, ganz entscheidend.“ (B2Ma)
		Sonstige Erfolgsfaktoren	„[...] Auch das Klimaanpassungskonzept wird jetzt über den Kreis gemacht und auf die Kommunen angepasst. Das ist für kleine Kommunen natürlich super.“ (He3Mc)

Hürden	Aussagen über Faktoren, die eine erfolgreiche Planung, Finanzierung und Umsetzung von Klimaschutz erschweren - sowie direkte Aussagen dazu, wie diesen Hürden begegnet wird.	Rechtlicher Rahmen	„Thema Zuständigkeiten. [Bei dem] Thema Mobilität, bei dem wir uns unglaublich schwertun, weil sich in unserem Ortsgebiet eine Kreisstraße befindet, sich eine Staatsstraße befindet und wir dann dort keinen Zugriff haben auf die Planung und auf die Umsetzung.“ (B4Mb)
		Landes- und Bundespolitik	„Aber Themen der Klimaanpassung sind jetzt momentan landesgesetzlich nicht mehr möglich. Da kommen wir jetzt wahrscheinlich gerade noch raus, weil ja die Bundesgesetzgebung gerade da rein gesprungen ist und das ersetzt hat. Aber das würde es für uns sehr schwierig machen.“ (B4Ma)
		Bürokratie	„Der Aufwand für die Umsetzungen kann immens sein. Wir haben 2020 mit den Planungen und ersten Untersuchungen angefangen und haben 2025 eine Genehmigung erhalten. Das ist ein großes technisches Projekt. [...] Trotzdem sind fünf Jahre eine Hausnummer. Also da würde ich sagen, das ist eindeutig auch eine Hürde.“ (B4Mb)
		Kommunale Verwaltung	„Innerhalb der Verwaltung sitzen viele, für die das wirklich ein Herzentema ist und die jetzt nicht sagen ‚Klimawandel gibt es nicht‘ usw., aber es gibt halt keine Struktur dahinter, kein ganzheitliches Konzept, keine zentrale Verantwortung, sondern jeder wurschtelt ein bisschen für sich und guckt halt, dass man was macht.“ (BW3c)
		Mangelndes Interesse	„Was jetzt Stadtpolitik und Stadtverwaltung angeht, ist eine andere Geschichte. Die Stadtpolitik hat von verhaltenem Desinteresse bis hin zum Aktiv-dagegen-Ankämpfen reagiert. [...] In der Stadtverwaltung war es eher Gleichgültigkeit.“ (San4Ma)
		Mangelnde Akzeptanz	„Aber der Bürgermeister steht auch nicht richtig dahinter. [...] Was er nur machen müsste, ist uns in Ruhe zu lassen. Aber ich glaube, da scheitert es wirklich an sehr festgefahrenen und leider auch rechten Ideologien. Und dagegen kann und will ich nicht endlos ankämpfen.“ (San4Ma)
		Mangelnde Unterstützung Bürgermeister:in/Kommunalpolitik	„Was ich von manchen Kolleginnen gehört habe, ist, dass sie überhaupt nichts erreichen können, weil diese und jene Person im Rat keinen Bock darauf hat und alle mobilisiert. Es gibt sehr katastrophale Beispiele.“ (Ni1c)
		Finanzielle Hürden	„Es werden natürlich leider auch einige Sachen aufgrund der Haushaltslage hinten angestellt. Das kann dann eine Förderung auch nicht retten.“ (He3Mc)
		Personelle Hürden	„Was ich wieder ein bisschen kritisch finde: Wenn man sagt, auf der einen Seite brauchen wir, die Kommunen, qualifizierte Leute, aber auf der anderen Seite werden sie nur zwei, drei Jahre finanziert und danach dürfen sie weiterziehen.“ (He4Ma)
		Umgang mit Hürden	„Man findet auch im Gemeinderat Kompromisse, wenn von Anfang an im Gemeinderat keine Einigkeit besteht. Da findet man Kompromisse, die für den Ort gut sind.“ (B4Mb)
		Sonstige Hürden	„Das ist natürlich ein Dschungel an Webseiten. Ich bin jetzt noch nicht komplett durchgestiegen, aber allein um zu gucken, wer überhaupt wo alles was anbietet. Natürlich gibt es zentrale Plattformen, aber das ist sehr undurchsichtig.“ (He3Mc)
Wünsche Zukunft	Wünsche der Interviewperson für eine erfolgreiche Planung, Finanzierung und Umsetzung von Klimaschutz in der Zukunft.	Wünsche auf übergeordneter Ebene	„Es gibt natürlich die diversen Newsletter vom NKL, vom BMBF, von anderen Stellen, die kann man abonnieren. Da kriegt man die Aufrufe zu den Förderungen. Aber es ist nichts, was jetzt gesammelt stattfindet. Also es gibt jetzt auf der [Landes-] Ebene nicht eine Stelle, die wirklich sammelt [...]. (B4Ma)

		Wünsche Bürokratie	„[...] ich glaube wirklich, dass zum einen diese Musterlösungen viel helfen würden, weil es oft ähnliche Probleme sind.“ (He4Ma)
		Wünsche Ausgestaltung Fördermittel	„Einmal braucht es [...] eine Förderung für alle notwendigen Stufen, von dem Konzept bis zur Umsetzung. Man kann sich ein Konzept fördern lassen [...]. Ich kann mir aber die Planung dafür nicht fördern lassen. Für finanzschwache Kommunen sind solche Lücken Stoppsteine, weil sie kommen über diese Lücke nicht rüber.“ (B4Ma)
		Wünsche Finanzierung	„Es wäre natürlich schön, wenn man ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis hätte.“ (Ni4b)
		Sonstige Wünsche	„Wir bräuchten echt mal ein Konzept und eine zentrale Verantwortung und jemanden, der das strukturiert und dann auch einfach ein bisschen koordiniert.“ (BW3c)

A2: Maßnahmenammlung für den Klimaschutz in kleinen Kommunen.

Maßnahmensammlung für den Klimaschutz in kleinen Kommunen Themenfeld 1: Energie & Klimaschutz		
Interkommunale Zusammenarbeit (nicht nur) für kommunale Wärmeplanung (Konvoi-Verfahren)		
Energienutzungskonzepte für kommunale Gebäude/energetische Sanierung		
Geothermie zur Wärmeengewinnung		
Aufbau/Ausbau von PV-Anlagen z. B. auf kommunalen Liegenschaften durch Kommune oder Pachtmodell für Dach-/Freiflächen (mit Stromliefervertrag)		
Kommunale Windparks mit Bürgerbeteiligung (z. B. via gemeinsamer Anstalt des öffentlichen Rechts /aöR) in Kombination mit einem Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität		
Umrüstung auf LED in kommunalen Gebäuden und Straßenbeleuchtung		
Kommunale energieeffiziente Neubauten		
Nahwärmenetz für große kommunale Gebäude (z. B. Schule, Turnhalle, Rathaus)		
Freibad als Pufferspeicher		
Förderung von Wärmepumpen		
Förderung energetischer Sanierung privater Häuser		
Förderung von privatem EE-Ausbau		
Lokale Förderprogramme für Bürger:innen (z. B. für Balkonkraftwerke)		
Bürgersolarberater:innen, Energieberatungsabende		
Förderung von und Zusammenarbeit mit Bürgerenergie- und Wärmegenossenschaften		
Umweltfreundliche kommunale Beschaffung		
Klimawirkungsprüfung kommunaler Beschlüsse		
Contracting (z. B. Energiespar-Contracting mit externen Dienstleistern)		
Crowdfunding (z. B. zur Finanzierung von Solaranlagen auf Mietwohnungen)		
Green Bonds (z. B. Stadtanleihen zur Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen)		

Themenfeld 2: Mobilität & nachhaltige Ortsentwicklung	
	
Verbesserung der Radfahrinfrastruktur (Radwege, Fahrradparkhaus, Abstellplätze)	
Anschaffung von E-Fahrzeugen für die Gemeinde	
E-Bike-Sharing	
E-Auto-Ladestationen	
Nachhaltige Ortsentwicklung (Supermarkt bleibt im Ortskern; Weitervermittlung leerstehender Gebäude)	
Instrumente der Bauleitplanung (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, städtebauliche Verträge, kommunale Satzungen) für Klimaschutz nutzen	
Thematisierung von Wasserhaushalt bei Neubauten	
Vermittlung von nachbarschaftlichem Carsharing	

Themenfeld 3: Natur, Biodiversität & Klimaanpassung



Maßnahmen zur Begrünung/Entsiegelung (z. B. Ausgleichsflächen)
Maßnahmen zur Biodiversität/Naturschutz (z. B. Blühwiesen)
Resiliente Aufforstung
Renaturierung
Anregung/Finanzierung von Baumpflanzaktionen
Dachbegrünung
Knicks (Wallhecken zum Schutz vor Extremwetter)
Gewässerschutz (z. B. geringe Eingriffe beim Schwimmbadneubau)
Hitzeschutz (z. B. Trinkbrunnen, Grünflächen, Verschattung)
Maßnahmen zum Schutz vor Starkregen und Flut (z. B. Versickerungs-/Ableitungssysteme)
Schaffung von Naturerfahrungsräumen (z. B. Schulhofumgestaltung)
Klimaerlebnispfad
Hitzeaktionspläne
Klimaangepasste Siedlungsentwicklung (inkl. Grün und Blau)
Fassadenbegrünung (z. B. kommunale Zuschüsse für private Gebäude)

Themenfeld 4: Bildung, Beteiligung & nachhaltige Gemeinschaft



Informationsveranstaltungen für Bürger:innen (frühzeitig einplanen)
Organisation/Aufbau von Netzwerken für Engagierte
Ehrenamtliche Klimapat:innen
BNE für Kinder (Bildung für nachhaltige Entwicklung)
Zusammenarbeit mit lokalen NGOs (BUND, NABU etc.)
Zusammenarbeit mit Hochschulen der Umgebung zur kostenfreien Konzepterstellung & Personalgewinnung
Gemeindebilanzierung nach Richtlinien der GWÖ
Fairtrade-Gemeinde
Bibliothek der Dinge / gemeinsame Nutzung von Werkzeugen
Monatliches Reparaturtreff im Bürgerhaus
Müllsammelaktionen
Unterstützung beim Austausch privater Haushaltsgeräte
Urban Gardening / Gemeinschaftsgärten
Förderung von Mehrwegsystemen und Tauschbörsen (z. B. Einführung einer Verpackungssteuer)
Nutzung von Wissenstransfer-Plattformen mit Vorlagen (z. B. govshare.org)

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung (2025). *Kommunaler Finanzreport: Knappe Kassen, große Aufgaben*.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/kommunaler-finanzreport-2025>
- BMU (2025). *Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels*.
<https://www.bundesumweltministerium.de/programm/foerderung-von-massnahmen-zur-anpassung-an-die-folgen-des-klimawandels>
- BMWi (2026). *Nationale Klimaschutzpolitik*. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Dossier/nationale-klimaschutzpolitik.html>
- Bundeswahlleiterin (2025). *Bundestagswahl 2025: Ergebnisse in Ländern und in Wahlkreisen*.
<https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse.html>
- Burghardt, K. (2025). *Wie Kommunen von Windparks profitieren*. <https://energiwinde.orsted.de/klimawandel-umwelt/windenergie-beteiligung-kommunen-anwohner-moeglichkeiten-uebersicht>
- Detsch, C. (2024). *Des Klimas Gretchenfragen: Wie sich beim sozial-ökologischen Umbau gesellschaftliche Barrieren überwinden und skeptische Milieus an Bord holen lassen*. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/21152>
- Deutscher Städtetag (2024). *Klimaschutz und Klimaanpassung als Pflichtaufgabe: Diskussionspapier*. <https://www.staedtetag.de/positionen/positionspapiere/2024/klimaschutz-und-klimaanpassung-als-pflichtaufgabe>
- Deutsches Institut für Urbanistik (2018). *Klimaschutz in Kommunen: Praxisleitfaden* (3., aktualisierte und erweiterte Aufl.). <https://difu.de/publikationen/2018/klimaschutz-in-kommunen>
- Frank, E., Hildebrandt, J., Pardon, B., & Vandamme, R. (2017). Was ist Verwaltung?. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Informationen zur politischen Bildung*. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/kommunalpolitik-333/257317/was-ist-verwaltung/>
- Hesse, M. (2020). Öffentliche Haushalte in Ost- und Westdeutschland. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47224/oeffentliche-haushalte-in-ost-und-westdeutschland/>
- Holm, A. (2022). Zwischen Spaltung und Abschöpfung – Wohnverhältnisse in Ostdeutschland. *Ost Journal*. <https://www.ostjournal.de/andrej-holm-stadtentwicklung-ostdeutschland/>
- Holstenkamp, L., & Müller, J. (2013). Zum Stand von Energiegenossenschaften in Deutschland – Ein statistischer Überblick. In Leuphana Universität Lüneburg (Hrsg.), *Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht* (Nr. 14).

- Hopf, C., & Schmidt, C. (1993). Zum Verhältnis von innerfamiliären sozialen Erfahrungen, Persönlichkeitsentwicklung und politischen Orientierungen. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/45614>
- infratest dimap (2023). *ARD-DeutschlandTREND Dezember 2023*.
<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-132.pdf>
- infratest dimap (2024). *ARD-DeutschlandTREND April 2024*.
<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-140.pdf>
- Klagge, B., Schmole, H., Seidl, I., et al. (2016). Zukunft der deutschen Energiegenossenschaften. *Raumforschung und Raumordnung*, 74, 243–258. <https://doi.org/10.1007/s13147-016-0398-3>
- Kuckartz, U., & Rädiker, S. (2024). *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz*. Beltz Juventa.
- Öko-Institut, & ifeu Institut (2023). *Evaluation 2020/2021 der „Kommunalrichtlinie“ (KRL) im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI)*. <https://www.oeko.de/publikation/evaluation-2020-2021-der-nationalen-klimaschutzinitiative-nki/>
- Overath, M., & Rösler, C. (2025). Das Klima schützen, die Energiewende gestalten, dem Klimawandel begegnen. In Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), *Policy Papers* (Nr. 6). <https://difu.de/publikationen/2025/das-klima-schuetzen-die-energiewende-gestalten-dem-klimawandel-begegnen>
- Raffer, C., Scheller, H., & von Zahn, F. (2025). *KfW Kommunalpanel 2025*. In KfW (Hrsg.), *KfW Research*. <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html>
- Statistische Ämter (2022). *Personen: Bevölkerungszahl und Fläche (Gemeinden)*.
<https://ergebnisse.zensus2022.de/datenbank/online/statistic/1000A/table/1000A-0001>
- Tafel, J., Zorn, A., & Schäfer, S. (2024). Klimapolitisches Engagement auf kommunaler Ebene in Deutschland. *Raumforschung und Raumordnung*, 82, 231–247.
<https://doi.org/10.14512/rur.2225>
- UBA (2022). *Kommunales Einflusspotenzial zur Treibhausgasminderung (Climate Change, 48/2022)*. <https://www.uba.de/n100018de>
- UBA (2024). *Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz? (Climate Change, 41/2024)*. <https://www.uba.de/n112342de>
- UBA (2025). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2024: Kurzbericht zur Bevölkerungsumfrage*.
<https://www.uba.de/n116857de>
- Yildiz, Ö. (2014). Financing renewable energy infrastructures via financial citizen participation: The case of Germany. *Renewable Energy*, 68, 677–685.
<https://doi.org/10.1016/j.renene.2014.02.038>